

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Verordnungen und Verordnungen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Stellgebühren) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 20. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Petersburger Briefe.

(Von unserem Korrespondenten.)

Petersburg, 16. Juni.

Der Krieg hat das russische Volk in vielen Beziehungen erschöpft und nicht am mindesten im Bereiche der Gefühle und der Leidenschaften. Hier in Petersburg wenigstens hat man beinahe die Fähigkeit verloren, die Größe des historischen Moments zu empfinden. Selbst die Vernichtung der Flotte hat nur eine vorübergehende Erregung hervorgerufen und augenblicklich klammern sich nur sehr wenige um die Friedensaussichten. Es wäre aber unrichtig, die Russen für ein außerordentlich stumpfsinniges Volk zu erachten. Wenn man in einem Chaos lebt, wo von Ordnung, Gesetz und zweckmäßiger Tätigkeit keine Spur zu bemerken ist, wo alles vom Zufall abhängt, von den zufälligen Stimmungen eines tollkühnen, aber hornnächtigen Monarchen, wo die klar ausgesprochenen Forderungen der öffentlichen Meinung wirkungslos zu sein scheinen, wo nur Unfuss herrscht und selbst drohende Aufstände keinen ernüchternden Einfluß auszuüben scheinen, dann werden die Gefühle müde, man hört beinahe auf zu hoffen und ohne Hoffnung bleibt der politische Gedanke tot. Wenn man in Petersburger literarischen Kreisen jetzt die Frage stellt, wo ist der Ausweg? so bekommt man verschiedene, aber immer unbestimmte Antworten. „Vielleicht dauert der Kampf noch Jahre“, sagen einige, „die Regierung wird sich auf unbedeutende Zugeständnisse einlassen und dadurch versuchen ihre finanzielle Lage zu sichern. Denn in den Finanzen liegt der Kern der Frage“. „Ein Ausweg“, meinen andere, „ist vielleicht nur in Bomben zu finden“, und merkwürdig ist es, wie in den letzten Monaten der Glaube an Bomben sich gestärkt hat, selbst in Kreisen, wo der Terrorismus früher ausdrücklich verurteilt wurde. Der unerträgliche Druck der Gewalt von oben führt am Ende zu Verzweiflung und außer Gewalt weiß die Verzweiflung keine Hilfsmittel. Diejenigen, welche sich zum Glauben an Bomben noch nicht bekannt haben, glauben doch an die heillose Wirkung des Krieges auf den Lauf der inneren Geschichte Russlands und hoffen, daß das Heer, wenn es zurückkommt, die Stimmung und die Mittel für einen allgemeinen Aufstand mitbringen wird. Von der Arbeiterbewegung im Süden und im Westen hofft man noch vieles; in Petersburg trägt diese Bewegung jetzt einen mehr rein ökonomischen Charakter, obgleich die Arbeiter auf ihren Versammlungen in den Fabriken Resolutionen gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen den Versuch, durch Einberufung einer Ständeversammlung dem Volke Staub in die Augen zu werfen, einstimmig annehmen, und in der letzten Zeit zwei große Arbeiterversammlungen in der Nähe der Stadt unter offenem Himmel stattgefunden haben, von denen eine auf der Wassili-Jnsel abgehalten von Polizei und Militär ganz umgürtet vor sich ging.

Doch hat man bis vor wenigen Tagen die Lage als eine verzweifelte betrachtet. Die erste Antwort der Regierung auf die Entlastungsfrage, welche nach der Niederlage Koschijewskys sich überall in der Presse laut machten, war die Anerkennung Trepows als Polizeiminister mit außerordentlichen Vollmachten. Den Titel Polizeiminister trägt er nicht offiziell; er ist nur Gehilfe des Ministers des Innern und Vorkämpfer der Polizei und der Gendarmen. Doch liegt die politische Autorität, aber welche der Minister des Innern bisher verfügte, jetzt gänzlich in den Händen Trepows. Eigentlich hat er nicht mehr Macht als Plehwe hatte, aber Plehwe, als Minister des Innern, konnte sich nicht immer von bloß politischen Rücksichten leiten lassen; jetzt muß sich Wulgin um die rein administrativen Fragen kümmern, während Trepow seine ganze Aufmerksamkeit der Unterdrückung der Reformbewegung durch Polizeigewalt zuwenden kann. Außer Trepow selbst und einigen von seinen Freunden befriedigt diese Ernennung fast niemand in den offiziellen Kreisen. Wulgin sahnte sich so beleidigt, daß er sofort um seine Entlassung bat, und als vor einigen Tagen Trepow zum erstenmal im Ministerrat erschien, gab seine Gegenwart Anlaß zu einem heftigen Zusammenstoß, infolgedessen Solow, der Vorsitzende, und Baron Kolbe, der Sekretär des Rats, sowie Managin, der Justizminister, den Saal verließen. Trepows Stellung ist noch eine sehr schwankende, doch fängt er schon an seine Flügel auszubreiten und hat den rassel gewordenen Finanzminister um größere Summen gebeten. Wahrscheinlich ist Trepows Aufgabe nicht leicht. Hier in Petersburg kann er derartig auf die Pensoren einwirken, daß sie die Lage der beiden radikalen Zeitungen, welche täglich durch ihre Hände gehen müssen, immer schwerer machen — wenn das so weiter geht, werden es die Herausgeber gewiß nicht aushalten können. Aber um die Reformbewegung zu unterdrücken, sind die Plehwe'schen Mittel nicht mehr hinreichend. Die Führer in die Provinz zu verbannen heißt jetzt die Agitation unter den Bauern fördern. Die Arbeiter, die aus Petersburg auf das Land verbannt worden sind, haben in den Dörfern den Boden für einen Aufstand ebenso tüchtig vorbereitet wie die Soldaten die vom Krieg zurückgekehrt sind und die jetzt in vielen Fällen zu Vorkämpfern ausländischer Bauern geworden sind. Leicht ist es zu verstehen, aber am Ende werden die Gefängnisse überfüllt und jetzt ist die ganze Gesellschaft so einmütig im Verlangen nach Reformen, daß es immer schwieriger wird, gewisse Leute als im politischen Sinne besonders verdächtige auszuzeichnen. Neulich sind einige Mitglieder eines der Petersburger sozialdemokratischen Komitees verhaftet worden und Terroristen sind für die Polizei immer eine willkommenes Deute. Aber gegen die politische Bewegung, die sich in den Verfassungskämpfen ausdrückt und Mitglieder aller Parteien in sich schließt, hat die Polizei noch nicht ein zureichendes Mittel gefunden. Sie versucht eben eines. Gegen den Rechtsanwalt Winawer ist die Anklage erhoben worden, daß er, als Mitglied des Advokatenbundes, den Umsturz der bestehenden Regierung herbeizuführen be-

strebt ist. Unter dem Druck der Polizeimacht würde das Gericht den Winawer vielleicht zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilen. In dem Falle wäre der Weg geöffnet zu einer gründlichen Abrechnung mit den Führern der Reformbewegung unter dem Vorwand der Gefährlichkeit. Nun aber treten sämtliche Mitglieder des Advokatenbundes herbei und verlangen gleichfalls vor Gericht gestellt zu werden, da Winawer in nichts schuldiger ist wie sie alle. Und was Trepow angeht, eine solche Erscheinung tun wird, bleibt noch zu erfahren. Das Selbstbewußtsein der Gesellschaft wächst täglich, und wo früher nur die Einzelnen oder kleine Gruppen der Regierung zu trotzen wagten, finden jetzt die Führer eine Stütze in der offenen Sympathie der ganzen Gesellschaft.

Trotz allem Pessimismus, trotz aller Müdigkeit wird die Agitation von allen Seiten unaufhaltsam fortgesetzt. Der „Bund der Blinde“ hat die Absicht, einen Boykott verschiedener Regierungsinstitutionen in Gang zu setzen. Der Bauernbund, der neulich in den Zentralprovinzen gebildet worden ist, will die administrativen Organe auf dem Lande durch kantonal-Verwaltungsbehörden und Gerichte ersetzen, welche die Bauern selbst errichten. In jeder Stadt gibt es fast täglich einen neuen Streik. Ueberall verlangen Leute ihre Rechte, selbst diejenigen, die vor zehn Monaten kaum wußten, daß sie Rechte hatten. Das Gefühl der eigenen menschlichen Würde greift immer weiter Platz, und die Rücksicht, die viele gewohnt waren als ein besonderes Kennzeichen des russischen Charakters zu betrachten, ist jetzt, bei günstigeren Umständen, viel weniger bemerkbar. Der moralische Druck des Prestige der Regierung ist aufgehoben worden. Man fürchtet sie, aber man achtet sie nicht mehr. In der vorigen Woche nach der Aufschmächtung vereinigte sich die verschiedenen Semstwo-Parteien und nahmen ein Ultimatum an den Zaren einstimmig an. Es war der letzte Versuch, einen friedlichen Ausgang aus der unerträglichen Lage zu finden. Niemand erwartete, daß Nikolaus auch nur für einen Augenblick den Mahnruf beachten würde. Doch hat er zum allgemeinen Erstaunen sich bereit erklärt, einige von den Semstwo-Delegierten zu empfangen und sich mit ihnen über den Zustand des Landes zu unterhalten. Zum ersten Male seit seiner Thronbesteigung wird er die Gelegenheit haben, die Stimme einiger Vertreter des Volkes zu hören. Was daraus werden wird, ist schwer zu sagen, aber das Ereignis an sich selbst ist symptomatisch. Es ist kaum zu hoffen, daß das bulgarische Projekt einer Scheinkonstitution durch diesen Empfang bereinigt werden wird. Wenigstens aber wird der Zar darüber die Wahrheit erfahren.

Die Revolutionierung der Offiziere.

Von der gewaltigen Wirkung, die nimmere auch die Armee erfährt, gibt ein bedeutender Vorgang Kunde, über den selbst ein offizielles Telegramm wie folgt berichtet: Petersburg, 19. Juni. In Krasnojarsk-Siwo versammelten sich am 15. d. Mts. einige hundert Offiziere zur Beratung über die Lage, welche die Armee in der letzten Zeit in der Gesellschaft einnimmt. Während der Beratung erschien General Rehbinder, der Gehilfe des Chefkommandanten des Petersburger Militärbezirks Großfürsten Wladimir, und verlangte sofortige Auflösung der Versammlung, die ungesetzmäßig sei. Hierauf trat eine Gruppe von Offizieren vor und erklärte, sie seien alle treue Unterthanen ihres Kaisers, könnten aber nicht weiter die Rolle von Polizeisoldaten spielen, die ihnen seit einigen Monaten aufgedrungen sei. Diese Rolle trenne sie vollständig von der Gesellschaft, der gegenüber sie

eine Art Senkerrolle

hätten. Der General Rehbinder verlangte trotzdem, daß die Versammlung auseinandergehe, und versprach, in naher Zukunft eine gesetzmäßige Versammlung einzuberufen.

Der Empfang der Semstwo-Deputation.

Der „historische Augenblick“ ist nimmere Wirklichkeit geworden. Der Zar hat sich entschlossen, die Abordnung des verbotenen Semstwo-Kongresses zu empfangen. Der Zar hat sogar eine Rede gehalten, aber es ergibt sich, daß die von ihm angeführte Nationalversammlung nichts wie ein elender Betrug ist. Die Erklärung, daß die Nationalversammlung auf den „nationalen russischen Grundgesetzen“ beruhen werde, beweist, daß es sich nicht um den Umfang verfassungsmäßigen Lebens handeln wird.

Die offizielle russische Telegraphenagentur berichtet über den Empfang:

Petersburg, 19. Juni. Heute mittag empfing der Kaiser im Alexandriapalast in Peterhof die Abordnung des Semstwo-Kongresses in Moskau sowie die Bürgermeister und Vertreter von Petersburg. Die Abgeordneten des Moskauer Kongresses: Petrunkewitsch, Roditschew, Fürst Ischakowski, Fürst Dolgorukow, Fürst Awow, Kowalewitsch, Komosilzew, Awow, Fürst Trubekoy, Golowin, stehen unter Führung des Grafen Heyden. Die Abgeordneten Petersburgs sind Baron Korff, Nikitin und Fedorow.

Fürst Trubekoy richtete an den Kaiser eine längere Ansprache, in der er die schwierige Lage Russlands darlegte, welche die Semstvos gezwungen habe, sich an den Kaiser direkt zu wenden.

Die Ausführungen des Fürsten Trubekoy, die eine halbe Stunde dauerten, machten einen tiefen Eindruck (?) auf den Kaiser.

Sodann sprach Fedorow als Vertreter Petersburgs. Der Kaiser erwiderte in längerer Rede. Er gab seinem Bauern Ausdruck über die ungeheuren Opfer, die der Krieg forderte, besonders über die letzte Niederlage zur See. Der Kaiser schloß mit den Worten: Ich danke Ihnen, meine Herren, für die Gefühle, die Sie zum Ausdruck brachten. Ich glaube an Ihren

Mut, bei Durchführung der Grundzüge der neuen Ordnung mitzuhalten. Mein Wille, der Wille des Kaisers, eine Nationalversammlung einzuberufen, ist unerschütterlich. Ich wage täglich darüber; mein Wille wird ausgeführt werden. Das können Sie schon heute den Bewohnern des Landes und der Städte verkünden. Sie werden mich bei diesem neuen Werke unterstützen. Die Nationalversammlung wird wie früher die Einheit Russlands mit seinem Kaiser herstellen und sie wird das Fundament einer Ordnung bilden, die auf den nationalen russischen Grundgesetzen beruhen wird.

Die Delegierten haben von dem Empfange einen guten (?) Eindruck gewonnen. Auch der Kaiser war befriedigt. (?) Der ganze Vorgang entbehrt sonach tieferer Bedeutung. Der Zar hat einfach sich zu einer Gefälligkeit der Angst verstanden.

Neue Meutereien.

In Rußisch-Polen haust die Horde des Zaren wieder entschlich. Das mißhandelte Volk ist Selbsthilfe. In Warschau wurde ein Oberstleutnant erschossen.

Zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Kosaken kam es in Ojorkow.

Am Sonntag marschierten — nach dem „V. L.“ — 2000 Personen, darunter auch Juden, mit Fahnen und unter Gesang von der Kirche im Nachbarort Logiewnik nach Lodz. An der Stadtgrenze wurde ihnen vom Militär der Weg verperrt. Die Kavallerie gab aus ihren Karabinern mehrere Salven ab. 38 Personen sind tot und verwundet.

Berichte aus dem Gouvernemente Mohilew beschäftigen die Ausbreitung der Bauernunruhen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juni.

Die internationale Spannung

ist noch keineswegs behoben. Allerdings ist in Paris nach den erregten Beforgnissen der letzten Tage der vorigen Woche einige Beruhigung eingetreten.

Es ist äußerst schwer zu beurteilen, wie weit die Pariser Kriegsbeforgnis berechtigten Grund hatte. Zells glaubte man, Fürst Salow beabsichtige, da Rußland schwer geschwächt ist, die Marokkofrage anzunehmen, um Frankreich zu demütigen oder sogar das Versehen Bismarcks mit der spanischen Thronabidatur von 1870 nachzuäffen. Zells fürchtete man englische Intriguen: England wolle Krieg mit Deutschland, ehe dieses Land seine Seerüstung weiter betriebe habe, und suche deshalb den Zwist zwischen Frankreich und Deutschland zum Äußersten zu führen. Selbst die Ablehnung der Teilnahme an der Marokkokonferenz durch England wurde in Paris äußerst mißtraulich aufgefaßt. Es schien, als wolle England die vom französischen Volk wie von der französischen Regierung gewünschte Verständigung mit Deutschland über Marokko stören.

Nun wird gemeldet, daß die englische Regierung jene Ablehnung in Bezug zu einem Zeitpunkt bekundet hat, in dem sie annahm, einem Wünsche der französischen Regierung nachzukommen; der Auftrag an den Gesandten Lomax war noch gerade vor Delcassés Sturz gegeben worden. Jetzt wird aus London erklärt, der Protest Lomax sei überhaupt nur dagegen gerichtet gewesen, daß der Sultan zu einer internationalen Konferenz ohne vorheriges Befragen Englands aufgefordert habe; auch sei die britische Regierung zur Teilnahme an der Konferenz bereit, sobald Frankreich es wünsche, denn sie wolle durchaus alle Pflichten erfüllen, die ihr aus dem Abkommen vom April 1904 erwachsen.

Frankreich selbst hat sich über die Konferenzfrage noch nicht schlüssig gemacht. Es wird aus Paris vom 19. d. M. gemeldet, daß Rouvier in seiner letzten Konferenz mit dem deutschen Vorkämpfer Radowitz die Mitteilung machte, daß er zwar die Einberufung einer internationalen Marokkokonferenz prinzipiell nicht ablehne, andererseits aber Vorverhandlungen mit Berlin über das Programm der Konferenz wünsche, wodurch die Arbeiter der Konferenz eine bedeutende Erleichterung erfahren würden. — Eine andere Pariser Meldung behandelt eine Unterredung, welche die Delegierten der demokratischen Linken mit Rouvier hatten. Aus ihren Mitteilungen geht hervor, daß in der Marokkofrage der Vorschlag einer Konferenz noch nicht endgültig angenommen ist, es scheint jedoch sicher, daß, wenn diese Konferenz zusammentritt, dies nur den Zweck haben wird, die bereits vorher zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossenen Uebereinkommen zu ratifizieren. Es scheint ebenfalls sicher, daß die französische Regierung der deutschen alle Garantien geben wird, welche Deutschland zur Wahrung seiner Interessen in Marokko zu fordern berechtigt ist. Andererseits aber könne Frankreich — so wurde erklärt — seine freundschaftliche Haltung gegenüber England nicht ändern.

Da alle internationalen Beziehungen durch den ostasiatischen Krieg, durch die Niederlagen Russlands und den mächtvollen Aufstieg Japans, ins Schwanken geraten sind und da diese Ereignisse auf die europäischen Staaten und ihr Bündnisystem notwendigerweise gewaltige Auswirkungen üben werden, so gibt es ganz gewiß, daß jetzt mehr noch denn je die Nationen selbst die Augen offen halten und die Werke der Diplomatie sorgsam verfolgen. Die Diplomatie spielt auf dem internationalen Schachbrett und läßt die Wölfer gleich toten Figuren gegen einander marschieren. Die Diplomatie treibt ihr Spiel in aller Heimlichkeit; die Völker wissen nicht, was sie thut, sie werden blind hin- und hergestoßen und ahnen nicht, wie dicht sie am Abgrund des Verderbens stehen.

Das aber immer die Staatsämter der auswärtigen Politik in den europäischen Hauptstädten anspinnen und anzetteln, sie sollen in ihren Berechnungen einen Faktor nicht vergessen und nicht unterschätzen, ohne welchen ihre Berechnungen trügerisch bleiben müssen: die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse Deutschlands weiß sich einig mit der Arbeiterklasse Frankreichs und Englands im Abscheu gegen alle Intrigen, die das Verhältnis dieser drei großen Nationen stören oder gar ernste Verwickelungen herbeiführen können. Den französischen Sozialisten, welche sich so große Verdienste um die Zurückdrängung des Chauvinismus in ihrem Lande erworben haben, wiederholen wir in dieser für Frankreich schwierigen Situation die Erklärung, daß die deutsche Arbeiterklasse gegen den verbrecherischen Frevel, die beiden Nachbarvölker in Krieg stürzen zu wollen, sollte ihn irgendwer planen, all ihren Widerstand, all ihre Kraft einsetzen werde!

Es ist undenkbar, daß das deutsche Volk um Marokkos willen dem Kriegswahn verfallen könnte. Es gibt aber auch außer der Marokkofrage keine einzige, um derentwillen die beiden auf gemeinsame Kulturarbeit und auf gemeinsame Erringung des Sozialismus angezogenen Nationen sich entzweien werden. Die Diplomatie mag in Geheimkonventionen und in Geheimnoten mit dem Verderben spielen, die Völker Westeuropas wollen den Frieden und werden den Frieden erhalten! —

Zwei „Simplicissimus“-Prozesse.

Aus Stuttgart, 18. Juni wird uns geschrieben: Montag finden vor der Strafkammer zwei Verhandlungen gegen den „Simplicissimus“ statt.

Die erste betrifft ein in Nr. 31 vom 25. Oktober 1904 enthaltenes Gedicht Ludwig Thoma's „An den Sittlichkeitsprediger in Köln“; durch das sich Pastor Bohm-Wagenz als Referent, und Pastor Weber-Blabach als Vorsitzender des Kongresses beleidigt fühlen, weshalb der preussische Oberkirchenrat und das bayrische Konsistorium Strafantrag gegen Thoma und gegen den verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus“ Julius Linnefogel stellten. Die ursprünglich von der Staatsanwaltschaft beabsichtigte Erhebung der Anklage wegen Beschimpfung von Einrichtungen der evangelischen Kirche (§ 106 des Strafgesetzbuchs) hat die Verfassungskammer abgelehnt. Sie schenkte der Behauptung der Angeklagten Glauben, daß die Wendung: „Was beschimpfen Sie uns mit dem Bibelbänger?“ keineswegs den Inhalt der Bibel und damit die christliche Kirche treffen wollte, sondern nur die Art, wie die Geistlichen mit unzutreffenden, aus der Bibel deduzierten Ansichten operierten. Nicht ohne Einfluß auf diese milde Auffassung der Verfassungskammer wird die Erwägung gewesen sein, daß ein Prozeß vor der Strafkammer mehr Aussehen bietet für eine Verurteilung, als ein Prozeß vor dem Schwurgericht, vor welchem Preßdelikte gegen § 106 verurteilt werden müssen. — Gelingt es aber auch den Angeklagten, den staatsanwaltlichen Forderungen und Schlingen in dieser Verhandlung, die auf 1/9 Uhr angelegt ist, zu entgehen, so wartet des einen Sünders, des Redakteurs Linnefogel, um 1/11 Uhr sofort ein zweiter hochnotpeinlicher Prozeß.

Der Staatsanwalt hat Klage wegen öffentlicher Beleidigung der drei sächsischen Richter erhoben, die durch ihr auffallend mildes Urteil in dem Prozesse gegen den russischen Fürsten Koschubow und durch die merkwürdige Begründung dieses Urteils von sich reden machten. Der russische Fürst, der einen Hotelportier in Dresden durch Zukritze so schwer mißhandelt hatte, daß der Mann Spitalspflege aufsuchen mußte, kam mit einer Geldstrafe von 1000 Mark davon, weil die Richter seine Erregung darüber als begründlich erklärten, daß der Portier ihm den durch seiner Schamlosigkeit bekannten „Simplicissimus“ überreichte. In Nr. 40 des „Simplicissimus“ war nun dieses Urteil im Wortlaut mitgeteilt, und daran die Frage geknüpft, ob diese Richter in diesem Urteil das Recht haben, von Schamlosigkeit zu sprechen? Darin erblickt der Staatsanwalt den Versuch, den Vorwurf der Schamlosigkeit auf die drei sächsischen Richter zurückfallen zu lassen, ebenso wie in einer Bildererie „Das in Sachen nicht schamlos ist“, die in einer späteren Nummer des „Simplicissimus“ veröffentlicht wurde. Trotz der großen landespolitischen Ereignisse: der Einbringung der Verfassungsreform und der Wählerwahl, gibt sich für die beiden „Simplicissimus“-Prozesse großes öffentliches Interesse kund, das sich in für die Staatsanwaltschaft nicht gerade schmeichelhaften Äußerungen Luft macht!

Ueber die Verhandlungen der „Simplicissimus“-Prozesse berichten uns Privattelegramme aus Stuttgart:

Die Heimzenger und die sächsische Justiz sind die Leidtragenden der beiden heute vor dem Stuttgarter Amtsgericht verhandelten „Simplicissimus“-Prozesse. Die Augen waren den Herren vom Kölner Sittlichkeitskongress und den Dresdener Richtern im Prozeß Koschubow übergegangen, für die der Staatsanwalt öffentliche Beleidigungsklage erhoben hatte, hätten sie mit anhören müssen, wie sie nicht nur von Angeklagten und Verteidigern, sondern auch von den Sachverständigen und sogar vom Staatsanwalt heute im Gerichtssaal gefemmelnd wurden.

In dem zuerst verhandelten Sittlichkeitsprozeß gingen die vom Gericht als literarische Sachverständige zugelassenen Schriftsteller Ludwig Ganghofer und Max Bernstein mit den Kölner Sittlichkeitsrichtern in einer Weise ins Gericht, die den Vorsitzenden mehrmals veranlaßte, die Bitte um Mäßigung auszusprechen, die der Sachverständige Bernstein mit dem Hinweis auf den von ihm geleisteten Eid, nach seiner Ueberzeugung auszusagen, zurückwies. Bernstein geißelte scharf den Geist, der den Kölner Sittlichkeitskongress beherrschte, als unmoralisch und überhebend. Die deutschen Schriftsteller haben das Recht und die Pflicht, gegen schmachvolle und minderwertige Auffassungen, wie sie auf diesem Kongress von der Mehrheit vertreten wurden, Stellung zu nehmen, umso mehr, als diese Leute immer nach der Polizei, nach größerer Beschränkung der geistigen Freiheit rufen, und das auch in Köln getan haben. Es gibt kein Wort, das stark genug wäre zur Kennzeichnung des Kongresses, der dem Staate die Pflicht zu einer geradezu gemeinschädlichen Freiheitsbeschränkung der Literatur und Kunst zugeschoben und auf dem ein Brief des Professors Kirting verlesen wurde, der Jola, Kiechke und Wildenbruch zu den Ehebrechern warf, der da verlangte, daß der größeren Sittlichkeit wegen die Verehrung Goethes eingeschränkt werde.

Scharfer noch äußerte sich Ganghofer. Er betonte, daß neun Zehntel der Äußerungen auf dem Kongress so gewesen seien, daß ihre Urheber entweder weisfernde Ignoranten oder Lügner sein müssen. Das Gedicht von Thoma habe den Nagel auf den Kopf getroffen und sei der Ausdruck eines berechtigten gesunden Zornes. Im übrigen seien die Berichte der zahnigen Presse über den Kongress derart gewesen, daß er trotz seiner freien Auffassung diese Zeitungen vor seinen Kindern verstaubt habe.

Die Anklage des Staatsanwalts war nach diesen Gutachten ziemlich kleinlaut und lief darauf hinaus, daß auch Thoma nicht das Recht auf eine schrankenlose Kritik habe. Er beantragte für Thoma zwei Monate Gefängnis, für Linnefogel vier Wochen.

Verteidiger Konrad Haufmann bestritt, daß die beiden angeblich beleidigten Geistlichen in Köln in Ausübung ihres Amtes gesprochen haben, und betonte, daß der Angeklagte zu seiner satirischen Abwehr der Kölner Uebergriffe berechtigt gewesen sei, da er eine ihm und der ganzen deutschen Kultur angetane Beschimpfung zurückgewiesen habe.

Auch Thoma selbst nahm das Wort und führte den Kölner Sittlichkeitspredigern vor, daß sie mit wirklicher Schamlosigkeit ein

ihren eigenen Mindertwertigkeit entsprechendes Bild deutscher sittlichen Zustände gezeichnet und zum Zwecke der Vorbereitung eines verschärften Strafgesetzes Deutschland als verurteilt hingestellt haben.

Noch kleinlauter war der Staatsanwalt in dem Prozeß wegen der Koschubowaffäre. Man merkte es dem alten Manne an, wie widerwillig er die Anklage vertret, die infolge eines vom sächsischen Justizminister an den württembergischen Justizminister gerichteten Handschreibens erhoben wurde, daß die Klagevertretung unter Hinweis darauf stütze, daß der Richterstand geküßt werden müsse. Der Schug wird der sächsischen Justiz wenig Freude machen. Er leitete seine Rede mit einer vollständigen Preisgabe des Dresdener Urteils ein. Er hätte in dem gegebenen Falle den russischen Fürsten mit Gefängnis und nicht zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Ausdruck Schamlosigkeit, der in dem Urteil gegen den „Simplicissimus“ gebraucht wurde, wäre besser unterblieben. Aber, meinte er, und eine ungewollte blutige Ironie lag darin, es sei nicht richtig, wenn ein solcher Ausdruck, der sich in einem richterlichen Urteil findet, von einer satirischen Zeitschrift gebraucht wird, die nicht kompetent sei, die Gründe eines Urteils zu wägen. Er mühte auch zugeben, daß der angeklagte „Simplicissimus“-Redakteur mit Recht entrüstet gewesen sei, bestritt ihm aber das Recht, in solcher Weise vorzugehen, wie geschehen, und den Dresdener Richtern die schwersten Vorwürfe von der Schamlosigkeit, von der bewußten Rechtsbeugung zu machen, besonders da die Namensnennung der Richter im „Simplicissimus“ eine Blut beleidigender Zuschriften aus allen Weltteilen an diese Richter zur Folge gehabt habe.

Deutlicher noch als diesen Worten ist die Wertschätzung des Staatsanwalts für seine Dresdener Kollegen aus der Milde seines Strafantrages zu erkennen, der auf — 200 M. Geldstrafe lautete.

Der Verteidiger Haufmann hatte einen leichten Stand; er brauchte nur deutlich auszusprechen, was der Staatsanwalt andeutete, und er ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen. Er stellte aus den Akten fest, daß die Rohheit des russischen Fürsten noch schlimmer gewesen sei, als dem „Simplicissimus“ bekannt war. Der Fürst habe den Portier in feiger Weise von hinten attackiert, und die Erwerbsunfähigkeit des Betroffenen sei, wie jetzt festgestellt ist, eine dauernde. Dies sei von dem russischen Fürsten, der, wie aus den Akten hervorgeht, ein Jahreseinkommen von 320 000 M. habe, mit dem Einkommen eines Tages geküßt worden. Dem Rechtsgefühl des deutschen Volkes sei durch dieses Urteil ins Gesicht geschlagen worden, umso mehr, wenn man daneben halte die furchtbaren Urteile sächsischer Richter in Prozessen gegen streikende Arbeiter oder auch nur das Urteil in dem letzten Pöcklerprozeß, wo der Juwelier Lohy wegen einer verhältnismäßig leichten Verletzung zu 3 Monaten Arrest verurteilt worden sei.

Wenn die sächsischen Richter, die das Urteil gefällt haben, ein gutes Gewissen besitzen, würde die staatsanwaltliche Entrüstung über die Bekanntgabe ihrer Namen nicht so auffallend sein. Soll man in Deutschland nicht nur von Prinzenkarrieren, sondern auch von Prinzenjustiz sprechen? Die genialen satirischen Bilder russischer Zustände im „Simplicissimus“, die das Dresdener Urteil als schamlos zu bezeichnen sich erdreistet haben, seien inzwischen durch die Tatsachen als noch viel zu milde hingestellt worden. Der Angeklagte habe eine ihm zugefügte Beleidigung auf der Stelle erwidert, muß also schon deshalb straffrei ausgehen. Dem Versuch der Staatsanwaltschaft, dem Laienelement die Schuld an dem Fehlspruch zu geben, weil man ja nicht wissen könne, ob der Hilfsprofessor und Richter Dr. Schude nicht von den beiden Schöffen überstimmt worden sei, trat Haufmann treffend mit dem Hinweis darauf entgegen, daß der Verzicht des Staatsanwalts auf Verurteilung gegen das Urteil beweise, daß es dem Rechtsempfinden der sächsischen Berufsrichter entsprochen habe.

Das Gericht verschob die Urteilsverkündung auf nächsten Montag. —

Deutsches Reich.

Vom guten offiziellen Ton. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht am Sonntag folgende inhaltlich und formell merkwürdige Note:

„Am Schluß eines vielfache Unrichtigkeiten enthaltenden Artikels über Vermögen und Haushalt des deutschen Kaisers stellt der „Daily Express“ die Behauptung auf, der Kaiser sei zur Deckung der auf ihm lastenden Ausgaben genötigt gewesen, von einigen seiner reichen Untertanen Geld zu leihen; er habe niemals von preussischen Adeligen Geld gesehen, aber von großen Magnaten des Kaufmannstandes und Industriemillionären. Diese Erzählung trägt den Stempel böshafter und frecher Erfindung deutlich zur Schau. Wir sind aber auch zu der ausdrücklichen Feststellung ermächtigt, daß der Kaiser niemals auch nur einen Pfennig geborgt hat.“

Man sieht, wie groß die deutschen Offiziösen bisweilen schimpfen können. Es wäre unseres Erachtens wünschlicher und wirksamer gewesen, wenn sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit der selbstverständlichen Feststellung begnügt hätte: Bei dem staatsrechtlichen Einfluß des deutschen Kaisers auf die Richtung der Politik und die durch die sie bedingten materiellen Wirkungen — die Politik ist ja der beste Kunde — ist es schlechterdings ausgeschlossen, weil unvereinbar mit seiner Stellung — daß den Kaiser irgendwelche materiellen Beziehungen mit den Kaufmannsmagnaten, Industriemillionären oder sonst einem kapitalistischen Interessenten verbinden. Soweit den Kaiser, als den größten deutschen Großgrundbesitzer, die Wirkungen der allgemeinen Sozialpolitik persönlich treffen, sind sie ebenso unvermeidlich wie unbeabsichtigt.

Solche Klarlegung der selbstverständlichen Pflichten wäre kräftiger gewesen, als diese Schimpferei, die man überdies je nach der Unterstreichnung einzelner Worte verschieden deuten kann. —

Die Vergesetzkommission des Herrenhauses

begann am Montag ihre Beratungen mit der Novelle über die Arbeiterverhältnisse. Referent für diese Vorlage ist Herr v. Burgsdorff, Referent für den Gegentwurf betr. den Zwangsbeitrag der Bergwerler (Stilllegungsgesetz) und für den betr. das zeitweilige Verbot der Mutungen (Antrag Camp-König) der Geheimere Oberbergamt Dr. Wahler. Minister Müller und mehrere Regierungskommissare waren erschienen, um die Vorlagen zu vertreten. Die Verhandlungen der Kommission leitete als Vorsitzender Freiherr v. Nanteuffel.

Die Generaldiskussion wurde durch eine einstündige Rede des Handelsministers Müller eingeleitet, der für die Annahme der Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses eintrat. Gegen den in den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vorliegenden Kompromiß wandte sich Graf Ziele-Windler. Der Referent Dr. v. Burgsdorff schlug mehrere Änderungen im Gesetze vor. In § 80f. Absatz 3, der dem Oberbergamt die Befugnis gibt, einen Arbeiterauschuss aufzulösen und zu suspendieren, falls er seine im § 80f. Absatz 2 begrenzten Zuständigkeit überschreitet, soll es danach weiterhin heißen: „Die Aufforderung zur rechtswidrigen Auflösung des Arbeiterauschusses zwischen Bergwerksbesitzern und Arbeitern ist unterlagt.“ Ferner soll hinter dem § 207, der die Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die in den §§ 80 ff. enthaltenen Bestimmungen enthält, ein neuer § 270aa eingefügt werden, wonach mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden soll, wer den Vorschriften des § 80f. Absatz 2 und 3 zuwiderhandelt. Trifft diese Strafe ein Mitglied des händigen Arbeiterauschusses, so kann ihn

zugleich die Mitgliedschaft und das Recht auf Wählbarkeit zum Arbeiterauschuss auf die Dauer von fünf Jahren entzogen werden. Sie müssen ihm entzogen werden, sofern durch die Zuwiderhandlung eine rechtswidrige Arbeitseinstellung erheblicheren Umfangs verschuldet oder mitverschuldet ist.

In der 4/1-stündigen Generaldebatte wurde der Regierung von allen Seiten der Vorwurf gemacht, daß der Zeitpunkt zur Einbringung der Vorlage durchaus falsch gewesen sei, doch soll sich im allgemeinen eine verständlichere Stellung zur Regierungsvorlage gezeigt haben. In der Spezialdiskussion wurden die Ziffern 1—4 der Vorlage (§ 80b—80d, Absatz 2), die das Verbot des Wagnens und die Bestimmung über die Maximalhöhe der Strafen wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Beladung der Fördergefäße enthalten, nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag, den 20., vormittags 10 Uhr, verlagert. —

„Kabinettsjustiz“.

Den blöden Vorwurf der Kabinettsjustiz sieht sich das „Berl. Tagebl.“ nunmehr genötigt zurückzunehmen. Es muß folgende Zuschrift des Herrn Rechtsanwalts Dr. Löwenstein veröffentlichen:

Berlin, den 17. Juni 1905.

Sehr geehrter Herr Doktor!

In der Nummer 300 des „Berliner Tageblattes“, Abend-Ausgabe vom 15. Juni 1905, wird in dem Leitartikel „Der Blößen-Prozeß und das Abgeordnetenhaus“ bei Besprechung des Verhaltens der angeklagten Redakteure meine Unterredung mit dem Justizminister als ein Versuch der Angeklagten zur Herbeiführung einer Art von Kabinettsjustiz scharfer Kritik unterzogen.

Demgegenüber muß ich, damit in dieser bedeutsamen Angelegenheit jeder falsche Schein vermieden werde, betonen, daß, soweit die Audienz beim Justizminister Anlaß zu berechtigtem Tadel geben könnte, die Verantwortung für diesen Schritt nicht die Gesamtheit der Angeklagten und Verteidiger, sondern ganz allein mich persönlich trifft. Ich habe diese Audienz ohne Auftrag aus eigenem Antriebe nachgehakt, und ich habe seiner Erzählung von dieser Tatsache auch sofort Mitteilung gemacht. Ich trage daher auch allein die Verantwortung dafür.

Ich muß aber entschieden Ihrer Ansicht widersprechen, daß dieser Schritt auch nur im entferntesten als ein Versuch zur Herbeiführung einer Art von Kabinettsjustiz aufgefaßt werden könnte. Unter Kabinettsjustiz versteht man allgemein die nach deutschem Rechte gesetz- und verfassungswidrige Einmischung des Regenten oder seiner Minister in die Rechtsprechung der Gerichte. Meine Audienz beim Minister hatte selbstverständlich einen ganz anderen Zweck. Im Blößen-Prozeß war seitens der Oberstaatsanwaltschaft, als der vorgesetzten Behörde der beleidigten Beamten, auf Grund des § 196 des Strafgesetzbuchs Strafantrag gestellt worden, und dieser Strafantrag konnte, wie in jedem Beleidigungsprozeß so auch hier, auf Grund der §§ 194, 64 des Strafgesetzbuchs bis zur Verurteilung eines auf Strafe lautenden Urteils aus jedem beliebigen Grunde vom Antragsteller zurückgenommen werden. Die Oberstaatsanwaltschaft ist eine dem Justizminister untergeordnete Behörde und daher verpflichtet, in dienstlichen Angelegenheiten, zu denen auch die Stellung und Jurisdiktion von Strafanträgen für die untergeordneten Beamten gehört, der Anweisung des Ministers Folge zu leisten. Der Minister war daher kraft seines Amtes berechtigt, sowohl die Jurisdiktion des Strafantrages zu verbieten, wie auch sie zu befehlen, als auch endlich, wie dies im vorliegenden Falle geschehen ist, jede persönliche Einmischung abzulehnen und die Entscheidung über die Jurisdiktion des Strafantrages ausschließlich derjenigen Behörde zu überlassen, die den Strafantrag gestellt hatte. Mit Rücksicht auf diese Rechtslage hielt ich es für ein Gebot der Klugheit, bevor ich meinen Mitverteidigern den Vorschlag zur Einleitung offizieller Vergleichsverhandlungen machte, an zuständiger Stelle zu erfragen, ob überhaupt die Möglichkeit eines Vergleiches gegeben sei. Allein die Erörterung dieser Frage bildete Veranlassung und Gegenstand der nachgehakten Audienz. Ich halte auch heute noch meinen Schritt für sachlich und einwandfrei und hege die Hoffnung, daß auch Sie nach obiger Klarstellung sich meiner Auffassung anschließen werden.

An einer schleunigen Richtigstellung dieses Punktes ist mir umso mehr gelegen, als gerade gegenüber einer an der Rechtspflege beteiligten Persönlichkeit der von Ihnen erhobene Vorwurf besonders schmerzhaft ist.

Es ist ferner in Nr. 301 des „Berliner Tageblattes“, Morgen-Ausgabe vom 16. Juni 1905, zu einer von Herrn Oscar Thiele Ihnen übersandten Zuschrift eine Bemerkung gemacht, aus der hervorgeht, daß Ihrer Auffassung nach das Schreiben des Herrn Thiele sich nicht nur gegen Herrn Schneid, sondern auch gegen die Mitangeklagten desselben richtete. Demgegenüber teile ich Ihnen mit, daß das von Ihnen abgedruckte Schreiben des Herrn Thiele auf einer ihm von mir mit Zustimmung der Verteidiger der „Vorwärts“-Redakteure erteilten Information beruht, und daß sich daher dieses Schreiben nicht gegen die Urheber desselben richten kann. Die Verichtigung bezweckt, authentisch klarzustellen, daß die erste Anregung zu den Vergleichsverhandlungen nicht von der Justizverwaltung oder ihren Organen, sondern von den Angeklagten ausgegangen war. Zu dieser Klarstellung haben, nachdem über diesen Punkt in der Presse Zweifel geküßt worden waren, die angeklagten „Vorwärts“-Redakteure durch ihre Verteidiger in lokaler Weise bereitwillig die Hand geboten. Ich bitte, auch hiervon gütigst in Ihrem geschätzten Blatte Notiz nehmen zu wollen und zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung und Ergebenheit
Der Rechtsanwalt
Dr. Löwenstein.

Das „Berl. Tagebl.“ muß hierauf demütig erklären, es habe ihm ferngelegen, Herrn Dr. Löwenstein irgendeinen Vorwurf machen zu wollen. Tatsächlich hat hiermit das Blatt zwei überaus dreiste Verleumdungen, die man gegen die angeklagten „Vorwärts“-Redakteure erhoben hatte, als solche anerkannt: die Verleumdung der Herbeiführung einer Kabinettsjustiz und die Verleumdung, als sei durch jene Mitteilungen des Gerichtsrespondenten, abgedruckt in 138 des „Vorwärts“, uns „in die Parade gefahren“ worden.

Käherlich ist es, daß das „Berl. Tagebl.“ bei der bösen Absicht, es erdulden muß, sich Trost sucht, indem es uns nochmals angestikuliert, daß es nicht als tapfer gelte, die Platte vor dem Austrag der Sache ins Korn zu werfen. Diese Schnodderlei leistet sich das Blatt, das zuvor erklärt hatte, die Sache war zu des „Vorwärts“ Guntzen ausgetragen und es waren nur noch belanglose formelle Beleidigungen übrig. Solchen Unfuh schreibt das Blatt in dem Augenblick, da es selbst die von ihm leichtfertig begangene schwere Ehrenkränkung blamabel abtun muß! —

Arbeiterrisiko in einer Strafanstalt. In Eisenach befindet sich ein Strafhaus für das Großherzogtum Sachsen-Weimar. Schon oft ist bittere Klage darüber geführt, daß die Inassen desselben zu Arbeiten an Privatunternehmer abgegeben werden und so den „freien“ Arbeitern eine schmerzliche Konkurrenz machen. In einem solchen Verhältnis ist jetzt aber ein Fall vorgekommen, der ungemessenes Aufsehen erregt hat. Ein Inasse des Strafhauses führte von einem Baugewerk und verletzte sich schwer an Kopf und Rücken. Nachdem demselben ein Notverband angelegt war, blieb er noch zwei Stunden auf der Unfallstelle liegen. Erst dann wurde er von vier Inassen des Strafhauses in der primitivsten Weise, nicht ins Krankenhaus, sondern in die Strafanstalt transportiert. Später erkrankte man, daß der Mann einen Schädelbruch erlitten hatte und nun wurde er in die Landes Klinik nach Jena übergeführt. Dort ist der Verunglückte seinen schweren Verletzungen erlegen.

Was der mehr wie eigentümliche Fall für ein großes, be-
rechtigtes Aufsehen erregt hat, geht aus folgenden Fragen, die ein
bürgerliches Blatt in Eisenach veröffentlicht, hervor. Das Blatt
schreibt: „Nach welchen Prinzipien behandelt das Strafgerichtshaus
Verlesene? Ist ihr, der Anstaltsleitung, das Leben der Internierten
so gleichgültig, daß sie dies auch öffentlich durch einen direkt
Vergerms erregenden Transport Schwerverletzter kundgeben zu
müssen meint? Fällt sie es für ausgeschlossen, daß man eine der-
artige Schindlarren-Methode in der Öffentlichkeit als eine Jahr-
läufigkeit ansieht?“

Nach alledem scheint die soziale Fürsorge in den weimarischen
Strafanstalten mit der Behandlung des Volkes in politischer Be-
ziehung auf einer Stufe zu stehen.

Opfer der Kaiserparade. Der „Hannob. Cour.“ berichtet: Nach
dem Parademarsch begannen gleich die Exerzieren, die anfangs in
Marschbewegungen, Schwenkungen usw. bestanden. Bei den Be-
wegungen wirkten die Reiter aber so gewaltige Staubmassen auf,
daß das Regiment zeitweilig ganz in Staubwolken eingehüllt und
den Blicken der Zuschauer entzogen war. Wegen des dichten
Staubs entstand bei den Einschwenkungen oftmals starkes Ge-
dränge, wobei es vorkam, daß die Pferde stürzten und die Mannen
aus dem Sattel gehoben wurden. An einer Stelle, unweit der
Schanze, stürzten etwa ein Dutzend Pferde und Reiter übereinander.
Leider wurde dabei auch ein Mann der dritten Eskadron schwer verletzt; er
erlitt einen Schädelbruch und wurde mittels Wagen
nach dem Garnisonlazarett geschafft. Die weiteren Übungen
führten das Regiment nach dem nördlichen Teil der Heide, wo
Feuerexerzieren usw. ausgeführt und eine schneidige Attacke geritten
wurde. Den Schluß bildete ein Parademarsch in Eskadronfront
im Trabe.

Nach einer anderen Meldung sind außer den schwer Verletzten
noch mehrere andere Mannschaften erheblich verletzt.

Der Kaiser habe sich, so wird berichtet, über die Übung tabelnd
ausgesprochen. Es ist schlimm genug, daß die beteiligten Truppen-
führer nicht genug Umsicht und Vorsicht entwickelten, solche schweren
Unglücksfälle zu vermeiden. Sehr unangenehm wirkt es auch, daß
die Übungen trotz der Unglücksfälle bis zur „schneidigen Attacke“
fortgeführt wurden; über den zusammengebrochenen Kameraden
hinweg mußten die Soldaten die Parade fortsetzen. —

Südwestafrika. Ein Telegramm aus Windhuk meldet:
An Tiphys gestorben: Reiter Adolf Stahl, geboren 8. 8. 83 zu
Mannheim, am 13. Juni d. J. im Lazarett Kalkfontein; Reiter
Johann Wolter, geboren 11. 1. 83 zu Mauden, am 12. Juni d. J.
beim Ueberfall eines Ochsentragers zwischen Platteben und Ejam-
boberg gefallen; Reiter Konrad Arnold, geboren 26. 11. 82 zu
Wolpertshöhe, und Reiter Albert Kiewel, geboren 3. 6. 82 zu
Kolopen, entfernten sich am 13. Juni d. J. ohne Wissen des Führers
von der Kolonne und wurden am 14. Juni zwischen Omilita und
Oltzwarumende ermordet aufgefunden. —

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Kaiserliches Handfchreiben. Budapest, 10. Juni. Gleich-
zeitig mit der Ernennung des neuen Kabinetts hat der König an
den neuernannten Ministerpräsidenten Fejervary ein Hand-
schreiben gerichtet, in dem er sein Bedauern ausdrückt, daß er aus
der Majorität keine Regierung habe ernennen können, da die Ma-
jorität kein Regierungsprogramm unterbreitet habe, auf Grund
dessen der König einer aus ihren Reihen genannten Regierung
das Schicksal der Nation mit voller Verantwortung hätte übertragen
können. Der König stimme den Vorschlägen der Majorität auf dem
Gebiete der inneren Verwaltung und der Volkswirtschaft zu; die
Forderungen bezüglich der Armee könne der Monarch aber nur in
den Grenzen annehmen, die unbedingt eingehalten werden müßten,
um die Schlagfertigkeit des Heeres ungeschwächt aufrecht zu er-
halten. Das Handfchreiben an den Ministerpräsidenten Fejervary
schließt mit den Worten: Es würde mir zur besonderen Freude ge-
reichen, wenn es Ihnen infolge Ihrer Beziehungen zu den poli-
tischen Parteien gelänge, innerhalb der bezeichneten Grenzen eine
Verständigung anzubahnen und dadurch die Ernennung einer
Majoritätsregierung zu fördern. —

Graf Apponyi erklärt in einem Interview bezüglich des künig-
lichen Handfchreibens, es erschiene eher die Lage, statt sie zu er-
leichtern. Aus dem Handfchreiben gehe hervor, daß es an ent-
scheidender Stelle gleichgültig sei, wer Ministerpräsident sei, ob
Rostfch oder Graf Tisa, wenn nur der Ministerpräsident stets und
ausschließlich den Willen der Krone vertrete. Das sei Schein-
konstitutionalismus, nicht wirkliche Verfassungsmäßigkeit.

Franz Rostfch bemerke über das Handfchreiben, es zeuge von
dem Wohlwollen, das die Krone für Ungarn hege, doch gehe gleich-
zeitig aus demselben hervor, daß die Krone im Banne gewisser tra-
ditioneller Vorurteile sei, die die Lösung der Krisis hinderten. —

Italien.

Todesstrafe wurde heute mit 1000 Stimmen Mehrheit gewählt.
Rom, 19. Juni. (Privat-Depesche des „Vortwärts“.)
In Carrara, wo die Unternehmer seit dem 10. Juni die bei der Lokal-
bahn beschäftigten Marmortransport-Eisenbahner ausgeperrt hatten,
übernahm die sozialistische Stadtverwaltung selbst den Bahnbetrieb,
nach vergeblicher Aufforderung an die Unternehmer, den Verkehr
wiederherzustellen. Sämtliche Ausgепerrte werden jetzt im städtischen
Bahndienst beschäftigt.

England.

Durchsuchereien in der englischen Heeresverwaltung. Nach Be-
endigung des Burenkrieges wurden Stimmen laut über allerhand
Verfälschungen, die von Händlern im Verein mit englischen Offizieren
in Transvaal begangen sein sollten. Es wurde eine Untersuchungs-
kommission unter Leitung des General-Lieutenants Butler eingeseht,
welche in diesen Tagen die ersten Ergebnisse ihrer Untersuchungen
veröffentlicht hat. Danach ist die englische Heeresverwaltung in
Transvaal in der unglaublichen Weise übervoorteilt worden: Bei
Beendigung des Krieges waren in Transvaal ungeheure Vorräte
von Bourage und Futter aufgestapelt, und nach waren diese Schiffs-
ladungen unterwegs. Der größte Teil dieser Vorräte wurde von
der Intendantur verkauft, und zwar war der hauptsächlichste Auf-
käufer dieser Vorräte ein gewisser Meyer. Dieser verkaufte aber so-
dann die erworbenen Bestände wieder an die Heeresverwaltung, nicht
ohne einen hohen Aufschlag dafür zu nehmen. Für 100 Pfund Hafer,
die Meyer mit 11 Schilling bezahlt hatte, ließ sich dieser geschäfts-
gewandte Herr 17 Schilling 11 Pence wieder zahlen. In den meisten
Fällen nahm sich der Herr Meyer garnicht die Mühe, die Vorräte zu
übernehmen und etwa an andere Stelle hin zu transportieren,
sondern er ließ sie in der Obhut der Militäerverwaltung. Von
Durban nach Pretoria sind große Mengen Häffel verfrachtet und dort
verkauft worden zu Preisen, die nicht einmal die Transportkosten ein-
brachten. Meyer soll auf diese Weise Millionen verdient haben, aber
auch eine Anzahl Offiziere werden durch die Untersuchung fast be-
lastet, vor allem der Hauptmann Morgan. Der Skandal ruft natür-
lich große Erregung in England hervor und die Blätter aller
Parteien beschäftigen sich mit der Angelegenheit. Die „Westminster
Gazette“ erinnert daran, daß die frühere Regierung die Bestimmung
getroffen hatte, daß Minister und Mitglieder der Regierung nicht an
der Spitze von privaten Unternehmungsunternehmen stehen dürfen.
Die jetzige Regierung hat diese Bestimmung aufgehoben.

Der Verdacht liegt nahe, daß noch weitere und vielleicht höhere
Personen inkompetent sind. So heißt es im Bericht ganz richtig:
Warum wurden die weiteren Sendungen von Vorräten nicht in-
hibiert? Ein Telegramm hätte genügt. Die Kommission habe zu-
nächst die einzelnen Fälle als Irrtümer angesehen, schließlich habe
sie aber den Eindruck gewonnen, daß es sich um ein geschicktes plan-
mäßiges Vorgehen handele. Uebrigens ist schon seinerzeit von Ver-
tretern der englischen Presse in Pretoria verfrachtet worden, die
Öffentlichkeit auf diese Vorkommnisse aufmerksam zu machen; ihre
Telegramme sind aber „im Interesse der Armee“ zurückgehalten
worden. —

Lebhafte Gefechte.

Während die Beratungen über Waffenstillstand und Frieden
schweben, werden die Operationen auf dem mandchurischen
Kriegsschauplatz nachdrücklich fortgeführt. Die Angreifenden
sind, wie sich versteht, wieder die Japaner und die Meldungen
über kleinere Vorposten- und Flankengefechte lassen erkennen,
daß die Japaner erfolgreich kämpften; selbst die Depeschen
des Generals Vinewitsch können dies nicht verhehlen.

Die japanischen Korrespondenten der „Morning Post“, die in
diesem Blatte täglich die Lage besprechen, und als japanisch-offiziell
angesehen werden, erklären, ein Waffenstillstand bis zum Ver-
ginn der Friedensunterhandlungen, die erst in einigen Wochen in
Washington eingeleitet werden könnten, komme nicht in Frage,
und die nächste große Schlacht in der Mandchurei könne nicht
mehr lange auf sich warten lassen.

Petersburg, 19. Juni. (Meldung der „Petersburger Telegr.-
Agentur“.) General Vinewitsch telegraphiert unter dem
17. Mis.: In der Nacht vom 16. zum 17. d. Mis. wurden unsere
Truppen in der Nähe von Liaojangwopin in einen Kampf verwickelt.
Der Feind war mit Infanterie und zwei Batterien von Sueden her
bis auf fünf Kilometer an Liaojangwopin herangekommen.
Unsere Truppen besetzten ein Dorf südlich von Liaojangwopin und
hielten den Feind in seinem Vorrücken auf; gegen 6 Uhr morgens
zogen sich die Japaner zurück. Gegen 8 Uhr morgens bemerkten
wir, daß der Feind mit einem Bataillon und drei Eskadrons eine
Umgebungsbeziehung um unseren linken Flügel machte. Gleichzeitig
wurde gemeldet, daß unser rechter Flügel von einem Infanterie-
Regiment, 23 Eskadrons und Artillerie umgangen worden sei. Dies
zwang den Befehlshaber unserer Truppen, Liaojangwopin zu räumen,
um seine Truppen auf dem rechten Flügel zu sammeln und einen
Kavallerie-Angriff vorzubereiten (?). Die Japaner rückten in
Stärke von einer Division Infanterie, 30 Eskadrons und 4 Batterien
in Liaojangwopin ein. Gegen 10 Uhr vormittags besetzten drei
japanische Eskadrons Schmitzischen, wurden aber von unseren
Truppen wieder vertrieben. Am 16. d. M. früh ging eine japanische
Kompagnie östlich der Eisenbahn wieder zum Angriff vor, wurde
aber gegen 6 Uhr von einer Abteilung freiwilliger Jäger zurück-
geschlagen.

Aus Korea wird unter dem 15. d. M. gemeldet, daß die Japaner
auf Kongsan und Wulan vorrückten.

Unter dem 18. d. M. telegraphiert General Vinewitsch, daß nichts
Neues zu melden ist.

Ueber dieselben Gefechte bei Liaojangwopin liegt auch aus
Toko amtliche Meldung vor, welche besagt:

Eine Abteilung des japanischen Heeres schlug am 16. Juni
die russischen Vorposten bei Lenchiapeng, 16 Meilen nordöstlich
von Hangping, zurück und verfolgte sie. Die Abteilung griff so-
dann die russische Stellung bei Liaojangwopin an und nahm sie
nach heftigen Gefechten ein. Die russische Kavallerie, die sich nach
Norden zurückzog, wurde von dem linken Flügel der japanischen
Abteilung heftig beschossen. Schließlich wurde der Feind
mit schweren Verlusten und in großer Verwirrung
zurückgeworfen. Nach Aussagen von Gefangenen war
Liaojangwopin von 5000 Mann russischer Kavallerie und
zweiwöchigen Besatzung, einem Teile des Heeres General Mitschenko
besetzt gewesen. Die Russen, die anscheinend von einer Panik er-
griffen wurden, ließen Vorräte und Kleidungsstücke im Stich. Die
japanischen Verluste betragen 30 Tote und 133 Verwundete, die
der Russen sind nicht bekannt, scheinen jedoch groß
zu sein.

Cholera und Dysenterie.

Ein Telegramm aus chinesischer Quelle berichtet, in Charchin
wüteten Cholera und Dysenterie. Täglich fielen 100 Menschen diesen
Krankheiten zum Opfer. 58 000 seien krank oder verstorben. Außer-
halb der Stadt seien 18 Isolierbaracken erbaut worden.

Die englische Beschwerde.

London, 19. Juni. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus
Petersburg von heute: Der britische Votschaffer hat die Auf-
merksamkeit des russischen Ministers des Aeußeren, Grafen Lam-
sdorff, auf den Fall des Dampfers „St. Rilda“ gelenkt, der
am 5. d. M. von einem russischen Hilfskreuzer zum Sinken gebracht
wurde und auf die ernste Lage hingewiesen, die durch solche Vor-
fälle geschaffen werde. Der Votschaffer hat die Forderung gestellt,
daß genügende Entschädigung geleistet und unverzüglich
Maßnahmen ergriffen würden, um eine Wiederholung solcher Fälle
unmöglich zu machen. Graf Lamsdorff gab das Versprechen,
die Angelegenheit sofort dem Marineminister zu unterbreiten und
sagte hinzu, daß für die neutralen Schiffe während des letzten
Jahres hinreichende Sicherheiten getroffen seien. Der Fall der
„St. Rilda“ stehe vereinzelt da und beruhe wahrscheinlich auf einem
Missverständnis.

Schwedische Drohungen.

Stockholm, 19. Juni. In einem Artikel des „Evenska
Dagbladet“ heißt es: Unser friedliches Auftreten könnte bei den
norwegischen Unruhmärgern leicht ein Mißverständnis über unsere Fähig-
keit, ihren hochgestellten Uebermut zurückzuweisen, hervorrufen. Es
ist notwendig, daß einem solchen Mißverständnis beizugehen von seiten
Schwedens vorgebeugt wird. Eine Mobilisierung im eigentlichen
Sinne ist wohl nicht erforderlich, aber, wenn auch alles vermieden
werden muß, was in irgend einer Weise eine Bedrohung der
norwegischen Grenze enthalten könnte, so ist doch die Lage so, daß
kein Mißverständnis aufkommen könnte, wenn genügend Truppen
zur Uebung nach dem mittleren und südlichen Schweden be-
rufen würden und wenn unsere Flotte schnellstens zur Vornahme
von Uebungsfahrten an unserer Westküste in Stand gesetzt
würde.

Friedensdemonstration der Arbeiterschaft Stockholms.

Am Freitagabend hat die Sozialdemokratie der schwedischen
Hauptstadt eine Massendemonstration auf dem bekannten Sammelplatz
„Lille-Torg“ veranstaltet. Stockholms „Social-Demokraten“ gibt
die Zahl derer, die versammelt waren, auf ungefähr 20 000 an. Es
wurde hier folgende Resolution angenommen:

„Stockholms Arbeiter richten in diesen für unser Volk so ernst-
lichen Tagen an den nun zusammentretenden außerordentlichen Reichstag im
Namen dieser tausender noch unvertreter Staatsbürger das
bestimmte Ersuchen: 1. nur auf friedlichem Wege eine Lösung
des durch die Sprengung der Union entstandenen Konflikts zu
suchen. Jede Gewaltmaßregel, von welcher Seite sie auch kommen
müßte, ist ein Verbrechen gegen die Zivilisation und eine Hoch-
verräterei gegen das Vaterland; 2. den Weg zu bahnen für eine
echte schwedische Anerkennung der vollen Selbständigkeit des
norwegischen Volkes.“

Nur durch eine solche Politik im Zeichen der Versöhnlichkeit und
Vollstetigkeit kann das schwedische Volk in dieser Krise den Ge-
boten der Gerechtigkeit und des Friedens folgen und unermessliches
Unglück für den ganzen Norden abwenden.“ —

Den einleitenden Vortrag hatte H. Wranting gehalten und
unmittelbar darauf stimmte die Volksmasse das norwegische National-
lied: „Ja, wir lieben dieses Land“ an, worauf das
schwedische Nationallied: „Du alter, du frischer, du berg hoher Norden“,
sowie das proletarische Lied: „Söhne der Arbeit“ folgte. Das reaktionäre
Blatt „Vart Land“ hatte durch Flugblätter die wohl-
gefügten schwedischen Mitbürger aufgefordert, sich von der
Demonstration fernzuhalten und eine Beschimpfung und Beschottung
des gemeinsamen Vaterlandes“ vorausgesetzt. Wenn sie trotzdem so
imposant und würdig verlief, so ist das Beweis genug dafür, daß

die große Masse der Bevölkerung die Meinung und den Willen der
Sozialdemokratie teilt.

Die sogenannte „vaterländische“ Gesinnung ist in Göteborg bei
einer von königstreuen Patrioten veranstalteten Demonstration in
nicht gerade würdiger Form zum Ausdruck gekommen. Ein Mann,
den man im Verdacht hatte: „Nieder mit dem schwedischen König“
gerufen zu haben, wäre gewiß von dem patriotischen Pöbel er-
schlagen worden, wenn ihn nicht die Polizei vor diesem Schicksal
bewahrt hätte. Als bald darauf der Auf „Gott Norwegen“
erfolgt, hatte man einen Mitarbeiter von dem sozialdemokratischen
Organ „Ny Tid“ im Verdacht und er konnte sich nur durch einen
vorbeifahrenden Straßenbahnwagen vor dem Pöbel retten, der auch
ihn totzuschlagen drohte.

Aus der Partei.

Der Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Der Ausfall der Wahlen am 18. Juni 1903 hat es unseren
Feinden angetan. Der Schreck sitzt ihnen seitdem in allen Gliedern.
Sie sinnen und raten hin und her, wie sie die weitere Ausbreitung
des verhassten Gegners verhindern können. So kam ein genialer
Kopf auf den Gedanken, einen Verband zur Bekämpfung der Sozial-
demokratie zu gründen, dessen Mitgliedschaft sich auf die Anhänger-
schaft aller bürgerlichen Parteien erstreckt, welche der Furcht und die
Furcht gegen uns verbindet. An die Spitze dieses Verbandes trat
der Generalleutnant A. D. Liebert, der, nachdem er als aktiver
Politiker und Gouverneur von Ostafrika abgehalftert worden, jetzt
seine Zunge und seine Feder in den Dienst für den Schutz von
Religion, Sitte, Ordnung gegen die dreimal verfluchte Sozialdemo-
kratie stellt. Ihm zur Seite steht der fromme Paasche, der Graf
von Arim-Russau, der das berüchtigt geflügelte Wort prägte:
„Der Vater hat wohl alles verlossen“, und eine Reihe Geistes-
großen ähnlicher Qualität, die sich aus den verschiedensten bürger-
lichen Parteien rekrutieren.

Man sollte meinen, daß die Herren, welche die Spitze der In-
telligenz unserer Feinde repräsentieren, in ihrer Begeisterung für
die Verteidigung der irdischen heiligen Dreieinigkeit von Thron,
Altar und Weibhad es für ihre vornehmste Pflicht erachteten, selbst
in die Kampfarena hinauszusteigen und mit ihren Feinden ihre
Klingen zu kreuzen. Aber hier besorgten sie die Lösung des festigen
Feststoff, daß Vorficht der bessere Teil der Tapferkeit sei und über-
lassen diesen Kampf ihren für diesen Zweck angeworbenen Kulis.
Sie selbst bleiben hübsch zu Hause in ihren Salons und bei ihren
gefüllten Schatullen und sorgen nur dafür, daß das nötige Klein-
geld zusammenkommt, um belagte Kulis — Gladiatoren kann man
sie nicht nennen, dazu fehlt ihnen die Kraft — drillen und füttern
zu können.

Der Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat heute
zwei Mittel, durch welche er den Kampf gegen uns zu führen sucht.
Er läßt durch sein Bureau aus der sozialdemokratischen Presse und
den Verhandlungen sozialdemokratischer Vereine und Versamm-
lungen alles ausschneffeln, was er glaubt gegen die Partei ver-
wenden zu können. Dieses Material wird alsdann bei vorkommen-
den Wahlen mit den nötigen Fälschungen, um das Mittel wirksamer
zu machen, in die bürgerliche Presse der betreffenden Wahlkreise
langiert und durch Flugblätter verbreitet.

Des weiteren hat er eine Agitatorenschule errichtet, in welcher
die Individuen gedrillt werden, die bestimmt sind, die Bekämpfung
der Sozialdemokratie in den Versammlungen vorzunehmen. Da sich
unsere Partei von den gegnerischen Parteien auch dadurch vorteilhaft
unterscheidet, daß sie in ihren Versammlungen Redefreiheit gewährt,
so haben diese als politische Pöbel dressierten Agitatoren Gelegen-
heit, ihre Reden auch an den Mann zu bringen.

Wir begegnen hier einer politischen Kampfmethode, die ebenso neu
wie charakteristisch für die politische Verklumpung der bürgerlichen
Parteien ist. Bisher hat es als selbstverständlich und als Ehren-
sache gegolten, daß jede politische Partei ihre Wahlkämpfe durch
Reden ihrer Anhänger hat führen lassen, die sich aus Eifer, unseiner-
wegen auch aus Begeisterung für ihre Sache in den Wahlkampf
begeben.

Aber wie in dieser bürgerlichen Welt alles käuflich ist, wie
unsere bürgerlichen Parteien längst alle Ideale, alle Begeisterung
für ihre Sache abhanden gekommen ist und alles nur vom Stand-
punkt des Geschäftes, nur vom Standpunkt der Verzagtheit angesehen
wird, so wird auch der Wahlkampf durch eine Art Aktiengesellschaft
auf Gegenseitigkeit betrieben. Und selbstverständlich findet sich für
dieses Geschäft immer eine Anzahl Individuen, die weder politischen
Charakter noch politische Ueberzeugung haben und sich als politische
Eunuchen drillen und verwenden lassen. Zu einem nicht geringen
Teil sind es latinarische Erbsenen, die sich als politische Eunuchen,
als Wächter für alles verlaufen. Es sind zum Teil Leute, die
für einen bürgerlichen Erwerb unbrauchbar geworden sind oder Schiff-
bruch gelitten haben, die ohne einen Funken Ueberzeugung oder tiefem
Interesse für die von ihnen vertretene Sache kulminieren ihre Penun-
gen abhaken. Tun sie das in besonders geschickter Weise, so erhalten
sie eine Prämie, weshalb ihr persönliches Auftreten vor den Mit-
gliedern des Verbandes oder der Leitung der betreffenden Partei
im Wahlkreise sorgfältig überwacht wird.

Als Qualifikation für dieses politische Eunuchentum wird ver-
langt eine gute äußere Erscheinung, ein gutes Rundwerk und als
Maximum die Bildung eines Quartaners.

Haben diese politischen Eunuchen zur Wahrung der Geldad-
ressen der herrschenden Klassen in mehrwöchentlichem Dresseur den
nötigen Schluß erhalten, wobei gemäß dem Charakter dieser Preis-
fächer der Bourgeoisie nationalliberale Einpartischer hauptsächlich
beschäftigt sind, so werden sie in den Versammlungen auf die sozial-
demokratischen Redner losgelassen.

Die zu spielende Rolle ist folgende: Da unser wohl dressierter
Eunuch sich für keine der bürgerlichen Parteien, die im Wahlkampf
stehen, erklären darf — das ginge wider die Grundzüge, auf die der
Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet ist — so
muß er einen grotesken Quartan aufzuführen. Er muß gegen die
Sozialdemokratie reden, er darf aber durch das, was er verteidigt
oder zurückweist, keine der bürgerlichen Parteien verletzen. Da-
durch bekommen diese Reden etwas Ungeheures und Unklares, sorg-
fältig Abgemessenes. Man hört aus jedem Satz, daß er dem Redner
sorgfältig eingebläut wurde, damit er ihn so wie er gelernt und nicht
anders ausspricht. Er darf auch nicht in Leidenschaft geraten, weil
er alsdann leicht die sorgfältig studierten Sätze außer acht lassen und
etwas sagen könnte, durch das eine der am Wahlkampf beteiligten
bürgerlichen Parteien sich beeinträchtigt fühlen könnte. Es ist
tausend gegen eins zu wetten, daß bei der Ausföhrung dieser
Eunuchenkampfmethode der Vizepräsident des Reichstages, der
gottesfürchtige Paasche Gebammendienste geleistet hat. Nur er kann
solche charakterlosen Schwächer züchten helfen und das Rezept für
ihre Erziehung präparieren, wie sie uns in den Agitatoren des Ver-
bandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entgegenretten.

Bisher haben wir den ersten Akt des Auftretens dieser poli-
tischen Eunuchen geschildert, wie es sich bei der Hauptwahl, bei der
die verschiedensten bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemo-
kraten auftraten, abspielte. Der zweite Akt beginnt bei der engeren
Wahl, bei der nur ein bürgerlicher Kandidat gegen die Sozial-
demokratie in Frage kommt. Nunmehr haben unsere Eunuchen von
Grund aus die Kampfmethode zu ändern. Jetzt müssen sie, sieht
ein freimüthiger Kandidat in der engeren Wahl, rückhaltlos frei-
sinnig reden und den Sozialdemokraten bekämpfen. Handelt es sich
aber um einen Nationalliberalen, Konservativen oder Antisemiten,
so müssen sie für diesen Kandidaten sich ins Zeug legen und den
Wählern zeigen, daß er der wahre echte Vertreter des Bürgerturns
ist. Kurz diese politischen Eunuchen müssen auf Kommando ihrer
Nährväter in allen Sätteln gereicht sein und wie Soldaten ein-
schreiten.

Diese charakterlose Kampfmethode zu studieren bietet augen-
blicklich wieder Gelegenheit die Nachwahl im Kreise Eberswalde,
am 3. d. letzten Sonntags ein so dressierter Agitator in einer
Wählerversammlung unserem Genossen Bebel entgegenzutreten. Er

Wird allerdings vermessen zusammengefasst, daß ihm der gleiche Versuch verweigert wurde.

Die ganze oben gekennzeichnete Kampfmethode ist dort wieder im vollen Maße. Zunächst ist es die bekannte Kleinert-Affäre und ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Eugen Richter: „Ein Streik noch im Sterben“, die in der Presse und in den Versammlungen gegen uns auszufächeln versucht werden. Mehr wird folgen. Es ist deshalb unseren Genossen, die im Wahlkreise zu agitieren haben, dringend zu empfehlen, sich mit dem nötigen Gegenmaterial auszurüsten. Soll der Kampf nach dem Willen und Beispiel unserer Gegner mit Stillschüssen geführt werden, dann könnten auch wir mit diesem Material reichlich aufwarten. Zum Beispiel liefert uns die Hammerstein-Affäre, der Prozeß der Romsch-Schulz, der Sanden-Prozeß, die Spieler- und Knappelprozeße der letzten Jahre genügend Material gegen die Konser-vativen. Das Maß, das dem heiligen Paasche vor ein paar Jahren in Amerika passierte, nach der amüsanten Schilderung, die seinerzeit im „Vorwärts“ stand, der Fall Sebott und andere Fälle liefern uns Material gegen die Liberalen. Daß unsere Genossen diese Art des Kampfes nicht suchen, ist selbstverständlich. Wird ihnen aber diese Kampfmethode aufgezwungen, dann nur rücksichtslos darauf los und den Heuchlern die Waage vom Angesicht gerissen. Die Kämpfer für Religion, Sitte und Ordnung waten tief im Schmutz. Mit ihnen können wir unter allen Umständen den Vergleich riskieren.

Totenliste der Partei. In Köln starb am Sonnabend der Parteigenosse Karl Schumacher an einem Krebsleiden. Der Verstorbene ist seit mehr als zehn Jahren Vertrauensmann des Kreisrats Wilhelm Wipperführer, den er auch als Delegierter auf vielen Parteitagungen vertreten hat. Als Schumacher gehörte er seiner Gewerkschaft an und war jahrelang Leiter der Organisation in Rülheim und Vorsitzender des Gewerkschaftsrates. Die Partei und die Gewerkschaft verlieren in ihm einen opferwilligen und fähigen Vertreter.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Befeldigung einer Ordensschwester aus St. Ingbert wurde der Genosse Dierckh, Redakteur der „Saarwaacht“, vom Landgericht Saarbrücken zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Mit einer schon rechtskräftigen Strafe von einem Monat wurde die Strafe zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten zwei Wochen zusammengezogen. Es handelte sich um Behauptungen über die sittliche Qualifikation der Beleidigten, die dem Redakteur als völlig verbürgt aus St. Ingbert mitgeteilt worden waren, sich jedoch als unwahr herausstellten.

Gewerkschaftliches.

Schwarze Defensiv.

In M. Gladbach gehen momentan die Bogen der Textilarbeiter-Bewegung sehr hoch; kaum ist ein Streik beendet, bricht der andere aus. Zumeist sind diese Lohnbewegungen von Erfolg begleitet, ist doch sehr die Konjunktur dort im Bezirk ziemlich gut. Daß die Streiks, besonders wenn sie erfolgreich sind, eine gute Wirkung auf die gewerkschaftlichen Organisationen ausüben, ist bekannt, und nimmt der deutsche Textilarbeiter-Verband in Gladbach und in der Umgegend fortwährend an Mitgliedern zu. Eine entgegengesetzte Wirkung üben die Streiks auf die christlichen Organisationen, die dort ziemlich stark sind; diese nehmen nicht zu, sondern es gehen ihnen Mitglieder verloren, die in die freien Gewerkschaften übertraten. Die Ursache ist folgende: Eine Anzahl der Gladbacher Textilfabrikanten gehören dem Zentrum an, spielen sogar eine führende Rolle in dieser Partei. Diesen ihren Parteigenossen treten die christlichen Gewerkschaftsführer bei den Streiks nicht mit der nötigen Verbe entgegen und ist durch ihr Vorgehen schon hin und wieder eine Lohnbewegung weniger erfolgreich gewesen oder direkt verloren gegangen.

Daß der deutsche Textilarbeiter-Verband diese Situation ausnützt, ist erklärlich, doch den christlichen Gewerkschaftsführern sehr unangenehm. Um die Fahnensucht der Mitglieder zu verhüten, schwenken sie den roten Lappen; sie wollen den katholischen Arbeitern plausibel machen, daß sie der sozialdemokratischen Partei beitreten, wenn sie die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften erwerben. Besonders ist in dieser Beziehung der Vorsitzende des Zentralvorstandes der christlichen Gewerkschaften, M. Schiffer, und der bekannte katholische Arbeitersekretär Giesberts-M. Gladbach tätig. Die „Beweise“ für ihre Behauptungen muß ihnen der Gewerkschaftskongreß in Köln liefern, dem sie als Gäste bewohnten.

In echt christlicher Weise „berichten“ sie über den Kongreß, die Resolution, die sie in den Versammlungen empfehlen, besagt genug. Diefelbe lautet in ihrem entscheidenden Teil folgendermaßen:

„Die heutige Versammlung stimmt mit den beiden Referenten überein, daß die sogenannten deutschen oder freien Gewerkschaften mit kalter Berechnung sowohl die Metropole des Rheinlandes, Köln, als Logungsort gewählt, als auch die Angriffe und Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaften erboten, ferner sich auch offen und feierlich durch den Vorsitzenden Bömelburg als Teil der sozialdemokratischen Partei erklärt haben. Man hielt die Zeit für gekommen und suchte eine Gelegenheit, um die nicht mehr zu ignorierende und speziell in Rheinland-Westfalen mächtig auftretende christliche Bewegung herabzuwürdigen, ihr den Fuß auf den Nacken zu legen, ihre Mitglieder als dumm und rücksichtslos hinzustellen und ihre heiligsten Ueberzeugungen zu beschimpfen.“

Das sind die Mittel, die die christlichen Gewerkschaftsführer anwenden, um ihre Mitglieder vor den freien Gewerkschaften grüßelig zu machen. Wir bezweifeln, daß diese Mittel stark genug sind, um die katholischen Mitglieder bei der Stange zu halten, die Unternehmensfreundlichkeit der christlichen Führer ist doch zu offenkundig.

Berlin und Umgegend.

Kürschnerbewegung.

Uns geht folgender Aufruf zu: **Achtung, Kürschner!** Die Kündigung des Vertrages mit der Kürschnerinnung und dem Verein der Pelzwarenfabrikanten hat uns genötigt, uns fast 6 Monate mit den Vorarbeiten zu einer Bewegung zu beschäftigen. Doch sind dieselben nun beendet und stellen wir für die Woche den Arbeitgebern die ersten Forderungen zu. Außer der Erhöhung des Minimallohnes für Gesellen von 25 M. auf 27 M. und Kammsel von 14 auf 15 M., was gegenwärtig für unsere Branche wenig in Betracht kommt, beschränkt sich unsere Hauptforderung auf die Beseitigung des Inzerierens und Einstellung durch Anfragen, somit Anerkennung unserer Arbeitsnachweise, damit die Arbeitsvermittlung nur durch diese geschieht. Da wir in der Pelzbranche allein mit circa 300 Hausindustriellen zu rechnen haben und die Heimarbeit stark vertreten ist, so wenden wir uns an alle Arbeiter und Genossen, deren Frauen und Töchter in der Pelzbranche, gleichviel, ob in der Werkstatt oder zu Hause, beschäftigt sind, und dadurch in dem bevorstehenden Kampfe zu unterstützen, daß sie die betreffenden auf unsere Versammlung am Mittwoch, den 21. d. M., verweisen.

Wir werden wöchentlich eine Liste der Firmen herausgeben, die bewilligt haben, und sind alle Informationen in unserem gemeinsamen Streikbureau, Mendelssohnstraße 9, zu haben.

Einen starken Zuzug von Kollegen haben wir nur von Oesterreich-Ungarn zu gewärtigen, und bitten wir namentlich die Parteipresse dieser Länder dringend, von unserer Bewegung Notiz zu nehmen und vor Zuzug zu warnen.

Ferner weisen wir auf die Unsitte vieler hausindustriell tätiger Oesterreicher und Ungarn hin, die sich Handsleute kommen lassen, um billige Ausbeutungsbefehle zu haben. Möge unser Hinweis auch nach dieser Richtung hin Beachtung finden. Der Vorstand des Deutschen Kürschnerverbandes, Zahlstelle Berlin. Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend. Gemeinsames Streikbureau Restaurant Marquardt, Mendelssohnstraße 9. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Inzwischen rüsten die Unternehmer zur Abwehr. Der Obermeister der Kürschnerinnung zu Berlin K. Lampe und der Vorsitzende des Vereins der Pelzwarenfabrikanten Deutschlands Adolf Segall haben gemeinsam ein Zirkular an die Arbeitgeber der Pelzwarenbranche erlassen, in dem zur Gründung eines Arbeitgeberverbandes für die Pelzwarenbranche aufgefordert wird. Die Organisation soll direkt der Abwehr der Bestrebungen auf Anerkennung der Arbeitsnachweise in Arbeiterhänden gewidmet sein; natürlich aber auch für die Zukunft andere Forderungen der Arbeiterschaft unumgänglich machen. In dem Statut, das mit dem Zirkular zugleich versandt wird, hat man ganz ungeniert die durch die Gewerbeordnung verbotenen Kampfmittel (Verurteilung wegen Teilnahme an Bestrebungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen) vorgesehen. Klipp und klar wird der Arbeiterschaft mit schwarzen Listen gedroht, falls sie zum Mittel der Koalition greift, um ihre Lage zu verbessern. Jeder beizutretende Betrieb soll dem Vorstand die Liste seiner streikenden Arbeiter schicken; für weitere Verbreitung derselben sorgt dann der Vorstand. Auf Streiks will man mit Ausperrungen antworten, die nicht organisierten Arbeiter aber weiter beschäftigen.

Die Arbeiter werden mit Ruhe den Maßnahmen dieses Unternehmersverbandes entgegenzusehen.

Der Gummiarbeiterstreik ist am Sonnabend nach vierwöchentlicher Dauer mit einem schönen Erfolge für die Ausständigen beendet worden. Die männlichen Arbeiter erhielten 1,20 M. Lohnzulage pro Woche, die weiblichen Arbeiter 0,80 M. — Der bis dato direkt von dem Gelde der Schlauchmacher bezahlte Vorarbeiter wird nun von der Fabrik entlohnt. Den Gemahregelten werden je eine Woche Lohn nachgezahlt. Für Ueberstunden sind 25 Proz. Zuschlag festgelegt, und müssen sämtliche Ausständigen bis zum 24. d. untergebracht sein. Die Eigenart der Gummiindustrie macht dieses Raufenander-Einstellen erklärlich. Zu einem Arbeiterauschuss konnte man sich, weil man sich im Voraus, wahrscheinlich im Gefühl des Sieges, anderweitig festgelegt hatte, nicht aufrufen, wohl aber ist eine ständige Kommission anerkannt mit genau denselben Funktionen. Die Organisation ist bereits bei dem vor einem halben Jahre ebenfalls mit vollem Erfolge durchgeführten Schlauchmacherstreik anerkannt worden und bedeutet somit das ganze Keueroberte einen weiteren schönen Erfolg der Gummiarbeiterbewegung.

Deutsches Reich.

Arbeitswilliger und Superintendent.

Aus Halle berichtet man uns: Als der Arbeitswillige Schwabe nach Verbüßung einer Strafe wegen Uebertretung der geltend gemachten Strafe bei der Firma Schäfer, Holzwarenfabrik in Schkeuditz, das Gefängnis verlassen hatte, ging er zum Pastor und dann zum Superintendenten. Letzterer sagte, Schwabe könne ja bei Schäfer, wo gestreift werde, arbeiten; er müsse sich dieserhalb aber erst mit dem Streikkomitee in Verbindung setzen; — ein Beweis, wie häufig sich in den Köpfen dieser Leute die Kämpfe der Arbeiter abmalen. Schwabe ging auch zum Streikkomitee, beistete erst die Streikklasse aus und ging dann bei Schäfer zu arbeiten an. Vorbei sollte der Arbeiter Franz Dorn — so behauptete Schwabe — 6 Fungen behaupteten aber das Gegenteil — gegenüber dem Arbeitswilligen die Lebensart gebraucht haben: „Aber wehe, wenn Du zu Schäfer gehst und arbeitest!“ Wegen der Aeußerung wurde Dorn auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung der Prozeß gemacht und soll 6 Wochen Gefängnis abstrammeln, so will es das hiesige Landgericht, das stets für kräftigen Arbeitswilligenschub eintrat.

Eine neue Ausperrung an der Unterweiser.

Vor einiger Zeit haben die Kesselschmiede der Firma J. C. Tecklenborg-Gesellschaft und G. Seebach u. G. Bremerhaben eine verhältnismäßig geringfügige Lohnserhöhung erhoben und einige weitere Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage beantragt. Die Firmen ließen sich zu deren Bewilligung nicht herbei, und so kam es dann schließlich zum Kampfe. Die Kesselschmiede legten die Arbeit nieder. Auch jetzt ließ die Direktion sich auf nichts ein, jeder Verhandlungsversuch wurde brüskt zurückgewiesen. Die Arbeiter sollten untertänig zu Kreuze kriechen. Das taten dieselben natürlich nicht, und ebensoviele gelang es den Werftdirektionen trotz aller Anstrengungen, Streikbrecher zu erhalten. Nunmehr haben dann die Herren ihren letzten Trumpf ausgespielt. Am „Schwarzen Brett“ sowohl der Tecklenborgschen als auch der Seebachschen Werft wurde folgendes veröffentlicht:

Wekanntmachung.

Nachdem seit dem 27. d. M. die Kesselschmiede die Arbeit eingestellt haben und damit der Fortgang der gesamten Arbeit gestört ist, sehen wir uns genötigt, unseren Arbeitern die Verteilung zu machen, daß, falls bis Dienstag, den 20. d. M., die Kesselschmiede die Arbeit nicht in genügendem Umfange wieder aufgenommen haben, wir unsere Werft an diesem Tage abends 6 Uhr schließen werden. Westmünde bezw. Bremerhaben, 16. Juni 1905. Es handelt sich um circa 2500 bis 2800 Arbeiter, die dann auf die Straße geworfen würden.

In der Tischfabrik Kurt Winkler zu Finsterwalde sind seit dem 17. Mai 46 Holzarbeiter infolge Besuchs von Versammlungen ausgesperrt. Es konnte bis jetzt keine Einigung erzielt werden und wird sich voraussichtlich der Kampf noch sehr lange hinziehen. Gelehrte Arbeitskräfte können am Orte nicht bezogen werden und erziehen die Streikenden, jeglichen Zuzug fernzuhalten. Winkler versucht bereits unter Pseudonymen Leute heranzuloden, aber bis jetzt hat sich noch niemand verlocken lassen. Sämtliche nach Finsterwalde engagierten Holzarbeiter haben sich vorher mit der Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen. Adresse: Franz Wehle, Bevollmächtigter, Kottbusstraße 4.

Wieder eine neue Ausperrung in Sicht. Der Arbeitgeberverband für das mittelrheinische Baugewerbe hat gedroht, die sämtlichen ihm angeschlossenen Betriebe vollständig zu schließen, wenn der seit einigen Wochen andauernde Streik am gräf. v. Faberschen Schlossneubau in Stein bei Nürnberg nicht bis 1. Juli beendet wird.

Unternehmerterrorisimus.

Der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe in München übt einen Terrorisimus aus, daß nun sogar auch schon die unternehmerfreundliche Presse deswegen Lärm schlägt. Eine große Firma in München hat nämlich in den letzten Tagen von einer anderen großen Unternehmung ein hellographiertes Schreiben folgenden Wortlautes erhalten:

„Bei Durchsicht des Mitgliederverzeichnis des Verbandes der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgegend bemerkte ich Ihre werthe Firma nicht vertreten und teile ich Ihnen höflich mit, daß ich Ihnen weitere Aufträge nur erteilen kann, wenn Sie obigem Verbande beitreten.“

Der Unternehmer, an den dieses Schreiben gerichtet ist, veröffentlicht es in den „Münch. N. Nachr.“ mit dem Vermerk: „Jedenfalls haben solche Arbeitgeber das Recht verweigert, sich über den un-

erträglichen Terrorisimus der Arbeitnehmer zu beklagen“. Die Redaktion des genannten Blattes erklärt, sie wolle sich eines Kommentars dazu enthalten, halte es aber für angebracht, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß derartige Maßnahmen und ferner die Art und Weise, wie der Sekretär des Arbeitgeberverbandes, Kellermeier den Verband der Deffentlichkeit gegenüber vertritt, nicht geeignet sind, dem Verband bei der Presse Sympathien zu erhalten und zu erwerben!

Wenn das Münchener liberale Organ es für nötig hält, den Scharfmacher einmal so deutlich auf die Bahnrampen zu treten, so sind dabei wohl auch die bevorstehenden Landtagswahlen nicht ganz ohne Einfluß, für die man um Arbeiterstimmen werben möchte. Da sucht man nun vergangene Dinge, z. B. die Ausfälle gegen die Arbeiterorganisationen anlässlich des Bismarcker Schynmacherstreiks vergessen zu machen. Aber unbeachtet dieser Umstände ist es von Wichtigkeit, daß der Terrorisimus der Scharfmacher auch in der liberalen Presse festgenagelt wird.

Soziales.

Ueber die Einrichtung und den Betrieb der Bleichhöfen hat der Bundesrat eine umfangreiche Verordnung erlassen, deren Einzelheiten wir noch mitteilen werden. Sie tritt am 1. Januar 1906 in Kraft, soweit jedoch zu ihrer Durchführung bauliche Veränderungen erforderlich sind, kann die höhere Verwaltungsbehörde dazu bis zum 1. Januar 1908 Frist geben, während der Bundesrat in besonderen Fällen auch bis zum 1. Januar 1913 Frist geben kann. Die wichtigste Vorschrift sei indessen heute schon mitgeteilt. Der § 13 lautet:

„Die bei der Behandlung der Schachhöfen tätigen Arbeiter, abgesehen von den Arbeitern auf den Sichtböden, dürfen nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigt werden. Dasselbe gilt für Arbeiter, die im Innern kaltegefehlter Oefen beschäftigt sind oder beim Ausräumen von Flugstaubkammern und Flugstaubständen, welche neuen Flugstaub enthalten.“

Beim Ausräumen von Flugstaubkammern und Flugstaubständen, die trockenen Flugstaub enthalten, dürfen Arbeiter im Innern der Kammern und Kanäle täglich höchstens vier Stunden mit Räumungs- und Transportarbeiten dieser Art, überhaupt aber nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigt werden.

Die übrigen Arbeiter, welche in den im § 1 bezeichneten Räumen arbeiten, dürfen innerhalb eines Zeitraums von vierundzwanzig Stunden nicht länger als zehn Stunden ausschließlich der Pausen beschäftigt werden.

Ausgenommen von den vorstehenden Bestimmungen sind diejenigen Arbeiter, welche zur Herbeiführung des wöchentlichen Schichtwechsels mit Arbeiten beschäftigt werden, die nach den reichs-gesetzlichen Bestimmungen über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe am Sonntag erlaubt sind.“

Die im § 1 bezeichneten Räume sind: „Die Räume, in denen Wolle geerntet, gefärbt oder geschmolzen, Zerblet gewonnen und weiter verarbeitet, Reichblei abgetrieben, Glätte, Rennige oder andere oxydische Weidereinbindungen hergestellt, gemahlen, gesiebt, gelagert oder verpackt werden oder Blauschwarz abdestilliert wird.“

Aus der Frauenbewegung.

Steglich, Donnerstag, den 22. d. M., hält der Bildungsberein für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgegend seine Mitgliederversammlung bei Waidendorf in Steglich, Schloßstraße 117, ab. Herr Eichler hält einen Vortrag über: „Die Schule im Sinne der Kirche“. Im Anschluß an dieses hochwichtige Thema findet dann Diskussion statt. Punkt 3 der Tagesordnung lautet: Verchiedene Vereinsangelegenheiten. Anfang 9 Uhr. Es wird erwartet, daß die Mitglieder sich endlich einmal aus ihrer Letargie aufrütteln und die Versammlung recht zahlreich besuchen. Der Vorstand.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Charlottenburg. In der gestrigen Versammlung der Allgemeinen Krankenkasse Charlottenburg, die von etwa 400 Personen besucht war, legte der Rentant Wilde die finanziellen Verhältnisse der Kasse dar und wies die in der Charlottenburger „Neue Zeit“ und in der „Germania“ erhobenen Beschuldigungen entschieden zurück. Nach langer, zum Teil lebhafter Diskussion wurde mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution angenommen, in welcher dem Vorstand das Vertrauen der Mitglieder ausgesprochen wird.

Die Zarentrede an die Semstwo-Delegierten.

Petersburg, 19. Juni. (Wiedung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Der Vorant der Ansprache des Kaisers an die Deputation des Semstwo-Kongresses in Moskau sowie an die Bürgermeister und Vertreter von Petersburg ist folgender:

Ich bin erfreut, Sie gehört zu haben; ich zweifle nicht, daß Sie, meine Herren, geleitet wurden von der glühenden Liebe zum Vaterlande, indem Sie sich direkt an mich gewandt haben. Ich bin mit Ihnen und meinem ganzen Volke aus tiefster Betrübt gewesen und bin es noch über das Unglück, welches der Krieg über Rußland gebracht hat und über all die Drangsale, welche noch eintreten können, ebenso wie über all die Wirnisse im Innern. Zerkünnen Sie Ihre Bedenken! Mein Wille ist ein souveräner Wille, ein unerschütterlicher, und die Zulassung der Erwählten zu den Arbeiten des Staates wird ordnungsgemäß durchgeführt werden. Jeden Tag wache ich über diesen Werte und widme mich ihm; Sie können dies allen, die Ihnen nahesteht, mitteilen, wägen sie auf dem Lande oder in Städten wohnen. Ich bin fest überzeugt, daß Rußland aus den Prüfungen, die es überstanden hat, verjüngt hervorgehen wird, und daß sich, wie dies früher der Fall war, eine Einigung zwischen dem Kaiser und ganz Rußland bilden wird, eine Uebereinstimmung zwischen mir und den Männern der russischen Erde, eine Einigung und Uebereinstimmung, welche als Grundlage für eine Ordnung der Dinge in einer den ursprünglichen russischen Grundfragen entsprechenden Weise dienen soll. Ich habe Vertrauen zu Ihrem aufrichtigen Wunsche mich in dieser Aufgabe zu unterstützen. Der Kaiser beehrte dann jeden einzelnen der Anwesenden mit wohlwollenden Ansprachen.

Vom Papst.

Rom, 19. Juni. (V. G.) In einer Extra-Ausgabe veröffentlicht der „Osservatore Romano“ die angeklagte Enghlila des Papstes. Er verwirft die Kampagne der Christlichsozialen, wünscht den Zusammenschluß aller Katholiken zu sozialen Reformwerken, um den Sozialismus zu bekämpfen, und verlangt die Benützung aller staatlichen Kampfmittel zu diesem Zwecke. Das Wahlverbot Pius IX. und Pius XII. wird nicht offiziell aufgehoben, aber in der Enghlila wird den Katholiken die Pflicht auferlegt, in wichtigen Fällen sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen und für die Regierung einzutreten, natürlich wenn sie vorher die Bewilligung ihrer geistlichen Vorgesetzten erhalten haben. Dadurch sei es möglich, daß die Katholiken die Wahlpropaganda und Wahlorganisation bekämpfen. Selbstverständlich sollen alle Organisationen unter der Aufsicht der Bischöfe stehen. Bemerkenswert ist auch, daß den Geistlichen geraten wird, nicht in politischen Kämpfen einzugreifen.

München, 19. Juni. (V. G.) Der Inkompatibilitäts-ausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte heute dem Randat des früheren Präsidenten des Abgeordnetenhauses Verzeß für unzulässig, weil dieser eine aus königlicher Gnade erhobte Ministerpension bezog, was mit dem Abgeordnetenmandat unvereinbar sei.

Siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Leipzig, Sonnabend, 17. Juni.

In der heutigen Vormittags-Sitzung werden zunächst allgemeine Anträge verhandelt. Der Vorstand wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung über die Mehrausgabe pro Jahr zu berichten...

Als Ort der nächsten Generalversammlung wird München bestimmt.

Ein Antrag, über die momentane Situation der Metallarbeiter-Bewegung in Bayern zu beraten, und zwar in geschlossener Sitzung, wird mit knapper Majorität abgelehnt.

Für die Zeitungs-Kommission berichtet Werner-Hamburg. Es wird beschlossen, in Zukunft keine Geschäftsferate mehr aufzunehmen, beziehungsweise neue Verträge nicht mehr abzuschließen...

Die Anstellung eines zweiten Redakteurs für das Fachorgan wird einstimmig beschlossen.

Sodann erstattet die Bescherde-Kommission Bericht. Als Referent fungiert zunächst Reine-Dremerhagen. Es waren acht Beschwerden zu erledigen. Bezüglich der Diätenfrage an Vorstandsmitgliedern in der Höhe von 10 M. wird der Standpunkt des Ausschusses von der Generalversammlung geteilt...

Der so viel besprochene Fall der Ueberweisung von 5000 M. an die Pensionskasse der Verbandsbeamten wird im Sinne des Ausschusses entschieden - das Geld ist also der Hauptkasse wieder zuzuführen. Die Beschlusfassung über eine Resolution, welche den Beitritt zur Unterhaltungsvereinsgesellschaft des Vereins Arbeiterpresse empfiehlt...

Es folgt der Bericht der Wahlkommission, für welche Franz-Hamburg referiert. Die Verbandsbeamten, die bis jetzt, so weit es sich um die Geschäftsführer und sonstigen Angestellten der örtlichen Verwaltungsstellen handelt, sich einer alljährlichen Reu- und Unterziehen müssen, dürfen in Zukunft dieser Prozedur nicht mehr unterworfen werden...

Die Personfrage erhält keine Veränderung, es bleiben Schilde erster, Reichel zweiter Vorsitzender, Werner Kassierer, Massatsch Sekretär, Scherm erster Redakteur, sämtlich in Stuttgart, und Weißig, Frankfurt a. M. Vorsitzender des Ausschusses. Als zweiter Redakteur wird Düst-Miel neu gewählt, als Stellvertreter des Ausschuss-Vorsitzenden Siegel.

Ein Leihfaden für die Funktionäre wird herausgegeben. Da jetzt die Resolution betreffend Anschließ der Beamten an den Verein Arbeiterpresse abgelehnt wird, genehmigt nachträglich der Verbandstag die Ueberweisung der 5000 M. an die Pensionskasse, wodurch der vorherige Beschluß korrigiert wird. Dann tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wurde zuerst über die ausstehende Raiser-Resolution gesprochen und Beschluß gefaßt. Für die Siebener-Kommission referierte Leber-Jena, indem er, bezugnehmend auf die gestrigen kurzen Ausführungen zu diesem Thema, ohne längere Einleitung erklärte, daß die Kommission ihre Mission durch Vorlage folgender Resolution für erledigt ansehe:

Da der Beschluß des Internationalen Arbeiter-Kongresses die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai überall dort fordert, wo dies ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich, beschließt die siebente ordentliche Generalversammlung:

- 1. In allen Betrieben, wo 1/2 der dort beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind (§ 5, Abs. 1), sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entscheidet sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschluß zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens zehn Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntnis zu geben.
2. Eine Beschlusfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf nur in Betriebsversammlungen erfolgen.
3. Aussperrung, Mahregelung und Entlassung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen mit Forderungen unsererseits ohne Zustimmung des Vorstandes nicht beantwortet werden.
4. Bei Aussperrung, Mahregelung und Entlassung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die Betroffenen, soweit sie vollberechtigte Mitglieder (§ 5, Abs. 1) sind, die Mahregelungs-Unterstützung auf die Dauer von längstens 13 Wochen in Kraft, die vom 2. Mai ab gezahlt wird.

Mit der Haltung der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf dem 5. Deutschen Gewerkschaftskongress, bezw. der Raiser und dem politischen Massenstreik, ist die Generalversammlung nicht einverstanden.

Cohen-Verlin bittet, in dieser ernsten und folgenschweren Frage keine Schaumbläse zu treiben. (Sehr richtig!) Auf keinen Fall dürfen Aussperrungen oder sonstige Mahregelungen anlässlich der Raiser mit Forderungen beantwortet werden. Der Absatz 3 in seiner vorliegenden Form erscheint unannehmbar. Er empfiehlt Streichung der Worte: „ohne Zustimmung des Vorstandes“.

Nachdem sich ein anderer Redner noch gegen den Schlusssatz der Resolution gewandt, konstatiert Reine-Dremerhagen, daß er die Vertrauensleute vor einer Feier des 1. Mai gewarnt habe (Plurres), weil er wachte, daß die Unternehmer bloß darauf warteten. (Sehr richtig!)

Ein anderer Delegierter meint, daß manchmal durch Forderungen ein Aussperrungsbeschluß gut paralisiert werden kann. So habe man eine diesbezügliche Drohung der Unternehmer damit beantwortet, daß man beschloß, für diesen eintretenden Fall keine Ueberstundenarbeit in Zukunft mehr zu machen. Das habe gewirkt - die Aussperrung unterblieb.

Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Reichel, führt aus: Wenn wir eine größere Beteiligung an der Raiser erstreben, werden wir damit einen größeren Anstapfel unter unsere Mitglieder (Widerpruch.) Die Verbandsdelegierten haben in Köln ihren Standpunkt aus praktischen Gründen eingenommen und es sei nicht richtig, wenn sie nun dafür gerüffelt würden. 95 Proz der Metallarbeiter haben die Raiser nicht mitgemacht. (Hört! hört!)

Weißig konstatiert, daß die Resolution den Mitgliedern Pflichten auferlegt, ohne ihnen Rechte zu gewähren. Das sei ungerecht.

Hennig-Magdeburg betont, die von Leber empfohlene Resolution sei das Mindeste, um die Rettung desjenigen zu ermöglichen, was wir tun müssen, wenn wir als gleichwertig in der Arbeiterbewegung gelten wollen. Der Vorstand hat in der Raiserfrage eine Diktatur bewiesen, die wir ablehnen müssen. Wir haben uns noch soviel idealen Geist bewahrt, um nicht wegen Pfenningen und Markstücken unsere Ueberzeugung zu opfern. Reiten wir mit der Kommissions-Resolution den Standpunkt unserer 300 000 Mitglieder! (Vereinzeltes Lachen.)

Durch die Annahme eines Schlafantrages wird 18 weiter vorgemerkten Rednern das Wort abgelehnt und nach wiederholter Abstimmung dem Referenten Ehrler mit 73 gegen 61 Stimmen das Schluswort gestattet. Dieser behauptet, daß man in der Kommission gefaßt habe, man wolle sich nur nicht prinzipiell gegen die Raiser stellen! Dann dürfe sich aber die Generalversammlung auch nicht prinzipiell nach der andern Seite hin festlegen! In England mit seinen guten Arbeiterorganisationen wird keine Arbeitsruhe am 1. Mai eingehalten, sondern die Raiser am ersten Sonntag begangen. Sowohl die Engländer als auch die Franzosen haben auf den internationalen Kongressen wohl bezüglich der Arbeitsruhe am 1. Mai Beschlüsse gefaßt, aber diese Beschlüsse selber nicht eingehalten. Bei den Berg-, Handels- und Transportarbeitern Deutschlands ist von der Arbeitsruhe nichts zu spüren. Nach einer vom Vorstande aufgestellten Statistik haben in diesem Jahre von 388 Orten nicht weniger als 282 Orte überhaupt keine Arbeitsruhe gehabt, in 102 Orten war teilweise und nur in ganzen vier Orten vollständige Arbeitsruhe unter den organisierten Metallarbeitern. Davon ist aber einer dieser Orte der altbayerische Walschertort Alötting, wo also die Raiser keine rote, sondern eine schwarze war. (Geisterst.) In diesen 388 Orten sind 14 488 Betriebe befragt worden mit 681 894 Arbeitern. Hiervon hatten überhaupt keine Arbeitsruhe 18 008 Betriebe mit 648 011 Arbeitern, 515 Betriebe mit 34 880 Arbeitern nur eine teilweise (meist wohl nachmittags) und nur sieben Betriebe mit 478 Arbeitern eine vollständige Arbeitsruhe! Das beweist besser als alle Worte, daß die Arbeitsruhe bei der Raiser gar nicht durchführbar ist! Ihm genügt, diese Tatsachen von der Tribüne der Generalversammlung herab öffentlich festgestellt zu haben; möge nun die Stellungnahme der Delegierten ausfallen, wie sie wolle. Bei der Frage der Raiser spiele die wirtschaftliche Konjunktur die Hauptrolle. Den Unternehmern wird durch die Arbeitsruhe eine Handhabe gegeben, die sie ausnützen werden. Die Arbeitsruhe als Zwangsmittel zur Erreichung unserer Ziele ist unzulässig. Bisher haben wir nicht mit breiter Front gekämpft. Wenn die Feier beschlossen wird, soll auch Gemahregelungs-Unterstützung bewilligt werden. Mindestens soll die Verpflichtung aus der Resolution entfernt werden, da sonst die Unternehmer mit der Kasse auf ihren Vorteil gestossen werden. Die Verbandsbeamten haben bei ihrer Stellungnahme sich von ihrem Verantwortlichkeitsgefühl leiten lassen und verdienen daher keinen Tadel. Er empfehle gegenüber der Kommissionsresolution nochmals die seine, die folgenden Wortlaut hat:

Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen- und Metallindustrie ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter nicht durchführbar. Ferner kann dieselbe als ein gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht betrachtet werden, weil sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse nicht ermöglicht. Die 7. Generalversammlung erklärt daher nach gewissenhafter Würdigung dieser Umstände und in spezieller Berücksichtigung der diesbezüglichen Beschlüsse des internationalen Kongresses, daß sie den Mitgliedern des Verbandes, die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht in allen Fällen zur Pflicht machen kann. So lange aber der Beschluß des internationalen Kongresses die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai überall dort fordert, wo dies ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, beschließt die Generalversammlung für solche Fälle: Bei Aussperrungen, Mahregelung und Entlassung, wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai, tritt für die davon Betroffenen, soweit sie vollberechtigte Mitglieder (§ 5, Abs. 1) sind, eine Unterstützung in der Höhe der Arbeitslosen-Unterstützung, auf die Dauer von längstens 13 Wochen in Kraft und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gezahlt. Diese Unterstützung gilt nicht als Arbeitslosen-Unterstützung, wenn nachstehende Grundfälle beachtet werden:

- 1. In Betrieben, in denen drei Fünftel der dort beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder des Verbandes sind und die wirtschaftlichen Verhältnisse die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai ermöglichen, kann nach Prüfung dieser Verhältnisse und nach Zustimmung des Vorstandes, die Beteiligung an der Raiser durch Arbeitsruhe, in geheimer Abstimmung beschlossen werden.
2. Aussperrungen, Mahregelungen und Entlassungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen ohne Zustimmung des Vorstandes nicht mit Forderungen beantwortet werden.

Reichel erklärt, daß er angesichts der Vorstandsbege gegen die Raiser schon davon beschiedigt ist, daß es überhaupt Metallarbeiter in Deutschland gibt, welche die Raiser durch Arbeitsruhe begehen. Am wieviel größer wäre wohl die Beteiligung, wenn der Vorstand seine Pflicht erfüllt hätte! So aber sei die Meinung der Delegierten nicht dem Willen der Verbandsmitglieder entsprechend, sondern nur ihre eigene. Ohne Arbeitsruhe würde die Raiser ihrer Ideale entkleidet. Entweder solle man sie wächtig oder gar nicht begehen, und daher keine Resolution, d. h. diejenige der Siebenerkommission, annehmen.

Bei den Abstimmungen werden zunächst alle Abänderungsvorschläge bis auf den Cohen gemachten abgelehnt, dieser mit 81 gegen 52 Stimmen angenommen und sodann abhweisend über die einzelnen Anträge abgestimmt. Absatz 1 wird mit allen gegen 21 Stimmen, Absatz 2 einstimmig, Absatz 3 mit der Cohen'schen Streichung mit 84 Stimmen, Absatz 4 mit großer Majorität und der Schlusatz mit dem Tadelabstimm an die Kongressdelegierten mit 68 gegen 57 Stimmen angenommen. Die Gesamtbestimmung über die Resolution der Siebenerkommission ist eine namentliche. Sie wird mit 94 gegen 66 Stimmen angenommen.

Gelegentlich der Verkündung dieses Resultats erklärt der Vorsitzende Cohen als gewesener Kongressdelegierter und Mitglied der Generalkommission, daß daraus herbergehe, daß doch noch ein gewaltiger Druckteil des Verbandes hinter den Kongressdelegierten stehe. Eine Aenderung des Wahlsystems für den nächsten Gewerkschaftskongress bleibt der folgenden Generalversammlung überlassen. Jetzt bleibt nur noch die Statutenberatung übrig. Die Kommission hatte erklärt, daß sie das Material nur aus dem Groben

heraus bearbeiten könne und die redaktionellen Abteilungen dem Vorstande und Ausschüsse zusammen mit der Kommission sofort nach Schluß der Generalversammlung überlassen müsse. Schütz-Berlin spricht für die bisher im § 30 Absatz 1 festgelegte größere Selbständigkeit der größeren Verwaltungsstellen. Nach mehreren fruchtlosen Abstimmungen wird die beantragte Ausmerzung des diesbezüglichen Passus aus dem Statut in namentlicher Abstimmung mit 80 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Weinheber-Hamburg referiert sodann in großen Zügen über die Gesichtspunkte, von welchen die Statutenberatungs-Kommission sich bei ihren Arbeiten hat leiten lassen. Bezüglich der Delegation zur Generalversammlung schlägt sie vor, statt wie bisher auf 1000 in der Folge auf je 1500 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Nachdem Referent die leitenden Gesichtspunkte beleuchtet, welche für die Delegation nur sekundäres Interesse besitz, den Diätensatz für Verbandsbeamte möge die Generalversammlung im Plenum entscheiden, damit die Frage sofort geregelt werden kann. Spruchreif ist dieselbe durch die vorausgegangenen Erörterungen. Im Vertrauen auf die Objektivität der Kommission möge der Verbandstag an bloo den gemachten Vorschlägen zustimmen und um ähnlichen Zwangslagen auf künftigen Verbandstagen zu entgehen, möge man sofort bei den Delegiertenwahlen beziehungsweise einen Delegierten in die Statutenberatungs-Kommission zu entsenden, die dann gleich mit Anfang der Generalversammlung ihre Tätigkeit beginnen kann.

Nach kurzer Debatte werden die skizzierten Vorschläge im einzelnen mit überwältigenden Majoritäten angenommen und sodann die namentliche Abstimmung über das vorgelegte neue Statut vorgenommen. Es ist Zweidrittelmajorität zur Annahme erforderlich. Von 180 Delegierten stimmen 109 mit Ja und 51 mit Nein. Die Zweidrittelmajorität ist also, wie der Vorsitzende konstatiert, sogar überschritten. (Beabo!)

Das neue Statut soll am 1. Juli 05, die erhöhten Leistungen am 1. Juli 06 in Kraft treten.

Die Diäten für die Vorstandsmitglieder wurden auf 10 M. bemessen.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung nach außerordentlich aufreibender Tätigkeit erledigt und nach den üblichen Dankes- und Schlusworten nach 1/2 Uhr abends mit einem Brausen dreifachen Hoch geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Das Handelsgesetz des Großkapitals.

Der von uns dargelegte Fall der Aktiengesellschaft Dribit in Köln ist nicht nur ein deswillen beachtenswert, weil er den Verorismus beleuchtet, den rheinisch-westfälische Großindustrielle vermöge des größeren Aktienbesitzes ausüben, sondern auch weil er die Unzulänglichkeit des Aktiengesetzes zeigt, wenn es sich darum handelt, die Interessen der kleinen Aktionäre zu schützen. Der Zweck des neuen Handelsgesetzes sollte ja gerade darin bestehen, auch die Aktionär-Minoritäten zu schützen, während das frühere Handelsgesetz ausschließlich zum Schutze der Gläubiger berufen war. In der Tat hat daher auch das neue Handelsgesetz einige Bestimmungen erlassen, die es selbst kleineren Aktionären ermöglichen sollen, ihre Rechte wahrzunehmen. Daß aber diese Bestimmungen nicht ausreichen, wird eben wieder durch die Affäre Dribit deutlich gezeigt. Die Großaktionäre, die hierbei durch den Aufsichtsrat und die Bergisch-Märkische Bank repräsentiert werden, trugen an dem Zusammenbruch der Dribit-Gesellschaft die Schuld. Dennoch ziehen sie schließlich noch den größten Vorteil aus der Sanierung, auf Kosten der kleinen Aktionäre; dies alles unbefürmert aller Paragraphen des Handelsgesetzes, die zu deren Schutze aufgestellt sind sollen. Die Zusammenbrüche der letzten Krise haben bewiesen, wie schwer es ist, dem Vorstand oder Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft nachzuweisen, daß er absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt hat. Der Aufsichtsrat von Dribit erhält für seine Aktien 100 Proz., die Kleinaktionäre bekommen nur 60 Proz. Jeder Mensch muß das als eine abschließliche Schädigung der Aktionär-Minorität auffassen. Die geheimnisvolle Logik des Kapitalismus denkt anders. Sie sagt: „Geht Ihr Kleinen und nicht 100 Proz., so lassen wir das Unternehmen zugrunde gehen und Ihr erhaltet gar nichts oder noch weitlich weniger als 60 Proz. Das Gesetz sieht ruhig zu; das Großkapital schafft sich eben seine Handelsgesetze ebenso wie seine politischen Gesetze.“

Weiterhin besenchtet der Dribit-Vorfall die Komödie der Decharge-Erteilung. Das Gesetz schreibt vor, daß in jeder ordentlichen Generalversammlung der Verwaltung Decharge für ihre Geschäftsführung in abgelaufenen Geschäftsjahren zu erteilen ist, und die Beteiligten, Vorstand und Aufsichtsrat haben sich hierbei der Abstimmung zu enthalten, weil sie nicht aber sich selbst Richter sein können. Bei der Dribit-Gesellschaft hätten die Aktionäre, wenn diese Gesetzesbestimmungen korrekte Anwendung gefunden hätten, sicherlich der Verwaltung die Decharge verweigert. Aber um dem zu entgegen, vertritt nicht mehr der Aufsichtsrat die Aktienmajorität in der Versammlung, sondern die Württembergische Fabrik, die sie kurz vorher erworben hatte. Und in dem Kaufvertrage über diese Aktien wird ausdrücklich vereinbart, daß die Entlassung für die Geschäftsführung in der Generalversammlung erteilt werden muß! So wird das Gesetz umgangen, ohne daß die kapitalistische Vorsempresse, jene angebliche Sätern der kleinen Aktionärinteressen, dringen die Forderung erhoben hätte, beratigen Wandern einen Miegel vorzuschreiben. Wenn die Vorsempresse fortgesetzt energisch die Forderung nach Aenderung des Handelsgesetzes erheben würde, wäre manches unmöglich, was trotz aller schlechten Erfahrungen sich im Aktienwesen fast täglich wieder ereignet. Aber es handelt sich ja nicht um Arbeiter, sondern um Banken und Großunternehmer, und da lohnt es sich schon, darüber hinwegzusehen, oder um den Aufchein zu erwecken, daß man die Kleinen schützen wolle, nur mit ein paar nichtsfogenden Worten den Entrüsteten zu spielen.

Deutsche Auswanderung. Es wurden deutsche Auswanderer befördert: Im Monat Mai 1905 über Bremen 1823 (1904 1650), Hamburg 760 (765), deutsche Häfen zusammen 2583 (2424), fremde Häfen (soweit ermittelt) 510 (600), überhaupt 3093 (3000). Aus deutschen Häfen wurden im Monat April 1905 neben den 2583 deutschen Auswanderern noch 83 380 Angehörige fremder Staaten befördert; davon gingen über Bremen 2061, über Hamburg 12 070.

Witterungsübersicht vom 19. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 20. Juni 1905. Etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken, bei schwachen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater, Jung-Heidelberg.
Berliner. III.
Deutsch. Der Hefgeprüfte.

Anfang 8 Uhr:
Westen. Der Strohmitter.
Neues. Der Familientag.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Trompeter von Säckingen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm.
Städtisches Theater.) Hofgunst.
Zentral. Alt-Heidelberg. Hofgunst.
Kleines. Nachtasyl.
Lustspielhaus. Biederleute.
Carl Weiß. Wahre Liebe.
Welle-Milione. Madame Lip-Top.
Reichshallen. Stettiner Säng. -
Spezialitäten.
Apollo. Am Hochzeitabend. -
Spezialitäten.
Wintergarten. Harry Müller. -
Spezialitäten.
Passage-Theater. Angella Walter.
Jean Paul. - Spezialitäten. -
(Anfang 5 Uhr.)
Metropol. Die Herren von Maxm.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Jubiläumstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.
Sommerpreise.
Täglich:

Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.
Mittwoch: Die Neuvermählten. Ab-
schludssouper.
Donnerstag: Angola. Abschied
vom Regiment.
Freitag: Nachtasyl.
Sonabend: Die Neuvermählten.
Abschludssouper.
Sonntag: Des Pastors Rieck.

Neues kgl. Opern-Theater
(Kroll).
Heute:

Jung-Heidelberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.

Biederleute.
Mittwoch: Kyritz-Pyritz.

Apollo-Theater.
Täglich 10-10 1/2 Uhr:

Ununterbrochenes, stürmisch-Lachen
über die amerik. Burlesk-Compagnie
mit ihrem Akt:

Ein Abend in einem amerik.
Cingel-Cangel.
Am Hochzeitsabend von Paul Linde
u. das glänzende Juni-Programm.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 228. Male:
Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungssouper mit Gesang
und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:

Wahre Liebe.
Im Sommergarten: Anerkannt
bestes Programm. U. a.: Damen-
Kabarett. Schenk-Marvelli-Truppe.
Eugen Milardo. Theater u. Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

WINTERGARTEN

Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nason, französische Sängerin.
Alexandrov, russische Tanz- und
Gesangstruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oterita, spanisch. Tänzerin.
A. W. Asra, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Waisens, Turner.
Bogdan-Truppe, militärische Exer-
zition mit Gesang.
Biograph.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:

Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

P. CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Cecille.
Nou! Roschdjestwensky,
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16-jährige
armlose Pantomime.

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Täglich: Bei schönem Wetter i. Carl-
Theater, Konzert, Spezialitäten.

Schönroschen
aus dem Schenkenviertel.
Anfang Sonntag 5, Bochert. 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 68.
Täglich

Das Sensations-Juni-Programm
Paul Coradini.
Elsa Satalonia Trio x Marka Freya
Sermann u. PUNCH x Ormay Duett
Hermann Wollner x Loro Quartett
Johnko Compagnie u. v. a. m.
Auberden:

Die Loreley.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Puhlmann)
Schönhauser Allee Nr. 148.
Heute:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
20 Attraktionen ersten Ranges 20.
Arbeit schändet nicht.
Volkstümlich mit Gesang in drei Akten.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79,
direkt an der Ringbahnstation, bequeme
Fahrgelegenheit u. all. Stadtrichtungen.
Ob schön! Ob Regen!

Täglich
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste Programm
Berlin.

40 erstklassige Nummern.
Clown Stoffl mit seinem konkurrenz-
losen Ueber-Titus: Bonno, Gel,
Schwein und Dogge. Atlantic Pauli-
Trio mit ihren unsophistizierten Orig.-
Triok. - The Biston, Pantomime!
Das überfüllte Hotel.
Sy?? Sy??

Die Entführung zweier Damen aus dem
Nacht- sowie neu die mysteriöse
Hängematte.
Original Molly Verch, Lilly Duran.
Original Robert u. Bertram. Original
Renner-Stange
und viele Kunstkapazitäten.
Volkstümlichkeiten aller Art.
Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat
das Recht, ein Kind unter 10 Jahren
frei einzuführen, ältere Kinder zahlen
halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse Lichtenberg,
Röderstr. 6.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert. Land-
und Wasser-Fenerwerk.
Erstl. Spezialitäten-Vorstellung.
Aegidius Diez.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:

Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungssouper.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Gaitano
Holtes Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Köstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:

Gr. Konzert, Theater
und Spezialitäten-
Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
verabreicht wird, also kein Entree.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Romantische Oper von Viktor Rejser.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Oberon, König der Elfen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der polnische Jude.

Passage-Theater.
Anfang nachm. 5, abends 8 Uhr.
Die 4 1/2 jährige
Schauspielerin und Sängerin
Angelika Walter
und das glänzende Juni-Programm.

Schwarzer
Friedrichsberg
Stadtbahnstation:
Frankfurter Allee.
Inhaber: Gebr. Arnhold. 35295
Heute: **Humor. Soiree** d. Führmann-Walde-Sänger.
Dienstag: **Gebr. Arnhold.**

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“
(nicht Säckingen) direkt an Chaussee u. Plakensee, für die bevorstehende
Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Familien zu Dampfpartien
und Ausflügen per Bahn, Fuhrturen usw. angelegentlich empfohlen. Stelle
mein Lokal auch Sonntag zu Vereinsfestlichkeiten zur Verfügung.
Fernsprecher:
33162* **Friedr. Saewert, Amt Erker No. 49.**

Schweizer-Garten.
Am Königsstor. Am Friedrichshain.
Täglich

Theater-Vorstellung
◆ Neue Spezialitäten. ◆
Volkstümlichkeiten.
Zum Schluss:
Der Ballett-Onkel.
Große Hofe mit Gesang in 2 Ak-
ten von H. Dulle.

Etablissement Buggenhagen
Horitzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Reichshallen.
Stettiner Säng. -
Unsere sieben
Dienstmädel.
Burlische von Rejser.
Anf. 8 Uhr.
Sommer-
7 Uhr.

Otto Pritzkwos
Abnormitäten-Ansstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-Prgr.
Der 18-jährige Rüstelkönig Fred
Rollon. Das größte Wunder der
Welt, zum erstenmal in
Berlin. Mlle Anita, total tätowierte
Schönheit. Mistor Kaplano, der
berühmte taubstumme Schnell-
schneider. Erich v. Daezner, der
amblyone Nervenkränker, 485 Pfund
schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Dr. Simmel, Str. 41,
Spezialarzt für 9/12*
Haut- und Harnleiden.
V-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kranz, Valmen- u. Blumen-
Kranzen, Bouquets, Girlanden
usw. werden fein u. preiswert geliefert

Wer-Stoff-hat,
fertige Herrenanzug, 20 M., ohne
Konkurrenz, feinste Zutat, 2 Anpr.
Für guten Sitz belam gold. Medaille.
Ludwig Engel, Prenzlauer-
straße 23, II. (Alexanderplatz). -
Begründet 1892. 16632*

Dr. Simmel, Str. 41,
Spezialarzt für 9/12*
Haut- und Harnleiden.
V-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:

Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungssouper.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Gaitano
Holtes Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Köstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:

Gr. Konzert, Theater
und Spezialitäten-
Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
verabreicht wird, also kein Entree.

„Dänischer Kapitän-Kautabak“
= = = = =
Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Wer mit seinem **dicken Kautabak** nicht zufrieden ist,
versuche „Kapitän Mellem“ in Stangen.

„Dänischer Kapitän-Kautabak“
= = = = =
Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Wer mit seinem **dicken Kautabak** nicht zufrieden ist,
versuche „Kapitän Mellem“ in Stangen.

„Dänischer Kapitän-Kautabak“
= = = = =
Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Wer mit seinem **dicken Kautabak** nicht zufrieden ist,
versuche „Kapitän Mellem“ in Stangen.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo
v. Trotha.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Passage-Panopticum.
Der Mensch mit dem Vogelkopf.
Der Muskelmensch.
Aga
die schwebende Jungfrau.

Schwarzer
Friedrichsberg
Stadtbahnstation:
Frankfurter Allee.
Inhaber: Gebr. Arnhold. 35295
Heute: **Humor. Soiree** d. Führmann-Walde-Sänger.
Dienstag: **Gebr. Arnhold.**

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Paul Schwarz
Sommer-Theater,
Lichtenberg, Dorflstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Klempner
Hermann Kape
am 18. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. Juni, nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des Hions-Gemeinde-Kirch-
hofes in Nieder-Schönhausen aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
978/11 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Marie Baron
Arthur Georgo
Verlobte.

Unsern alten Gemossen 25165
Karl Meufing nebst Frau
die besten Glückwünsche
zur silbernen Hochzeit.
549. und 550. Bezirk.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 18. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Klempner
Hermann Kape,
Bollinerstraße 21.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. d. M., nachm.
6 Uhr, von der Halle des Hions-
Kirchhofes in Nieder-Schönhausen
(Nordend) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
248/6 **Der Vorstand**

Achtung, Klempner!
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser langjähriger Kollege und
früheres Kommissionsmitglied
Hermann Kape
am Sonntag, den 18. Juni, ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. d. M., abends 6 Uhr,
von der Halle der Hions-Gemeinde-
Kirche in Nieder-Schönhausen
aus statt.
Die Beerdigung werden er-
sucht, die Kollegen auf vorstehen-
des aufmerksam zu machen und
apellieren wir an die Kollegen
um deren zahlreiche Beteiligung.
Bei gutem Wetter treffen sich die
Kollegen um 5 Uhr in Parkow,
Breitestraße (an der Kirche).
Die Kommission der Branche.
148/14 J. A. R. Weigel.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.
Jahrlche Beteiligung erwartet
185/5 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Alfred Schürsandt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Juni

Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin.
 Am Mittwoch, den 28. Juni cr., abends präzis 8 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine **außerordentliche General-Versammlung** statt, zu welcher die für 1904/1905 gewählten Vertreter hiermit ergebenst eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
 Antrag Deutner u. Gen. wegen anderweiliger Regelung der Gehälter der Kassengestellten.
 Berlin, den 19. Juni 1905.
Der Vorstand.
 W. Pflankuch.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
 in Sabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Tages-Ordnung:
 1. Erwahl für Revisoren und Vergütungskommission. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **W. Pflankuch** über: **Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.** 3. Diskussion. Mitgliedsbuch legitimiert! — Zahlreichen Besuch erwartet
 238/19 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in **Frankes Festsälen, Sebastianstr. No. 39:**
Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Lux** über: „Die neuesten technischen Erfindungen“. 2. Diskussion. 240/17
 Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Steppdecken
Gelegenheitskauf!
 Bunt Kattun Ersatz f. Deckbett 2 85
 Similliseide in den Farben rot, blau, oliv 4 85 6 75
 Wollatlas 5 25 7 50
 Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 50 3 50
 Woldecken ganz dick 3 00 4 00
 Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
 Oranienstraße 158. Berlin S.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (6st).
 Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr:
Zwei Versammlungen.
P. Pittins „Gesellschaftshaus Dönd“, Memelerstr. 67; „Elysium“, Landsberger Allee 40/41.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent: Stadtk. Genosse **Kotzke** über: „Aus dem roten Hause“. Reichstags-Abg. Genosse **Robert Schmidt** über: „Unsere Pläne an der Sonne“. Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder.
 Zahlreichen Besuch erwartet [244,2*] **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
 Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.
 Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinensiraße 3:
Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Neuwahl des zweiten Bezirksleiters. 2. Vortrag des Kollegen **Pawlowitsch** über: „Leben und Weiden in unseren Strafgefängnissen und Jugendhäusern“. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert. 118/18
 Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
 bei **Keller**, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Köln. Berichterstatter **Th. Glocke**. 2. Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, insbesondere der Vertrauensleute, erwartet 87/4* **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Schneider u. Schneiderinnen
 Filiale Berlin.
 Mittwoch, 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Berichterstaltung von dem am 22. Mai und folgende Tage in Köln a. Rh. stattgefundenen V. Deutschen Gewerkschaftskongress. Referent: Kollege **Stähler**. 2. Die Situation in der Herrenmodebranche nach Beendigung des Ausstandes. 3. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
 Die Mitglieder aller Branchen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Das Mitgliedsbuch legitimiert. 163/18 **Die Ortsverwaltung.**

Wir empfehlen folgende **Neuerscheinungen:**
 „Religion ist Privatsache“
 Erläuterungen zu Punkt 6 des Erfurter Programms von **Fr. Stämpfer**. Preis 20 Pf.
 „Führer durch das Krankenversicherungs-Gesetz“.
 Systematische Darstellung des Gesetzes in der Fassung der Novelle vom 25. Mai 1905. Mit ausführlichem Sachregister. Preis 30 Pf.
 „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“.
 Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von **Dr. Ernst Gebert**. Preis 20 Pf. 234/18
Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Achtung! Portefeuiller! Achtung!
Verband der Portefeuiller und Federgalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, in Graumanns Festsälen, Rauhnsiraße 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über das Krankenversicherungs-Gesetz und die Versicherungs-pflicht der Heimarbeiter. Referent: Genosse **Bauer**.
 2. Diskussion.
 3. Bericht über den weiteren Verlauf der Offenbacher Lohnbewegung.
 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Gäste willkommen.
 Das bestimmte Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet 109/7 **Die Ortsverwaltung.**

Greift zu!!! dem Besten
 Monats-Anzüge u. Paletots v. 8,50 M. an
 Abonnements-Kitt u. Pal. 9,50 ..
 Partie-Kinade u. Paletots, teils m. unmerk. Zehler. 10,50 ..
 Kammgarn - Hosen oder Rodette 3.-
 Getragene Kleidungsstücke von Kavallerie-Reisenden, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, kolossal billig. 10/20*
 Bitte **Zentral-Keller**, Berlin, achten
 35 Neanderstr. 35, an der 3. Minut. v. Stadtbahn Jannowbrücke
 Straßenbahnverbindung: 1, 2, 4, 9, 11, 27, 28, 29, 30, 35, 36, 37, 41, 49, 50, 63, 84, 87, 89.
Dr. Lell **Rosenthalerstrasse 26 H.**
 Homöopath und Spezial-Arzt für Haut-, Horn- und Geschl.-Leiden.
 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Jedes Kind erhält ein hübsches Reisegeschenk!!
5 Kinder-Tage
 haben wir zur Reise als Vergütungstage festgesetzt, an denen wir unsere **Riesenvorräte**, circa 8000 Stück 85302
Knaben-Stoff-Anzüge, entzückende Façons
Knaben-Wasch-Anzüge, Blusen-Façons, glatt u. gestreift
Schüler-Wasch-Anzüge, Zoppen-Façons, grün und grau
Knaben-Jackett-Anzüge, blaue u. gemusterte Stoffe
Knaben-Turn-Anzüge, vorchriftsmäßig
Knaben-Paletots, blau und gemustert
Knaben-Pelerinen, blau und grau
Knaben-Hosen, kurz und lang
Knaben-Blusen, Tennis- und Blaugestreifte Stoffe
 im Preise stark herabgesetzt haben.
 Selbstverständlich sind auch unsere Abteilungen für Herren-Konfektion sehr reichhaltig assortiert.
 Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt.
Heitinger & Co BERLIN SO. BERLIN SO.
 Oranien-Str. 40/41
Deutsche Compagnie
Jedes Kind erhält ein hübsches Reisegeschenk!!

Lackierer.
 Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Orskol, Neue Friedrichstr. 35:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Engelbert Graf** über: „Sitten und Gebräuche im Lichte der Kulturgeschichte“. 2. Diskussion und Berichtigendes. 107/1 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Nixdorf.
 Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/52:
Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
 67/8 **Der Vorstand.**

Arbeiter - Radfahrer - Bund „Solidarität“
 Gau IX. Provinz Brandenburg.
 Sonntag, 25. Juni 1905, im Gesamt-Etablissement „Moabiter Schützenhaus“ in Plötzensee:
Gr. Gau-Sportfest.
 Doppel-Konzert. * Gesang. * Vorträge der Volkssänger-Gesellschaft „Strzelewicz“. Radsportliche Aufführungen der Bundesvereine. * Großer Ball. * Volksbelastigungen aller Art.
 Jedes Kind erhält zwei Bons gratis für eine Stocklaterne und zur Benutzung des Karussells. 13/2
 Anfang mittags 12 Uhr. Billetts im Vorverkauf 20 Pl., an der Kasse 25 Pl.
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Tanzlehrer - Verein „Solidarität“
 gegründet 1892
 empfiehlt sich hierdurch den werten **Bereinen und Gewerkschaften** bei vorkommenden **Geselligkeiten**.
Bestellungen werden jederzeit im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15 (Briefkasten am Bäcker), sowie im Restaurant **Kollwig**, Or. Frankfurterstr. 99, entgegengenommen.
Avis: Die diesjährige **Dampfer-Partie** findet am **Dienstag**, den 11. Juli, nach Hefenwinkel statt. Abfahrt 7 1/2 Uhr Stralauer Brücke. — Billetts a 1,00 M., Kinder über 10 Jahr 50 Pf., sind bei allen Mitgliedern zu haben. 200/6* **Der Vorstand.** J. U. Richard Heinrich.
Achtung, Gewerkschaften, Vereine!
 Großer schattiger, 1000 Personen fassender Naturgarten, Saal und Hallen, auch 1000 Personen fassend, empfehlen wir zur Abhaltung von Sommerfesten. Vollständig kostenlos. Auch Kaffeeklische gleichzeitig empfehlen wir unsere großen und kleinen Säle mit und ohne Theaterbühne. Sonntags u. Sonntage noch bis März frei.
 35272* **Armin-Hallen**, Gebr. Mielitz, Kommandantenstr. 20.
Schmöckwitz Gasthaus zur **Palme** Zebbiner. (Endstation der „Störn“-Dampfer).
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 29.
 Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheize, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Der Schwindel der „Rechtsfreunde“.

Sinter die Auflösungen der „Vereinigung der Rechtsfreunde“... Eine Frau Juliana Nilsson-Mandin, deren Tochter mit Steinbock verlobt worden war, kaufte das gesamte Geschäftsinventar in einer Auktion zum Preise von 3400 M. Rumme wurde ein kleiner Geschäftslauf inszeniert, um dem ganzen Unternehmen einen soliden Anstrich zu geben.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen von Berlin, Zeltow-Beeslow, Nieder-Barnim und Potsdam-Dshaveland. Am Sonntag, den 9. Juli, erscheint die nächste Lokal-Liste. Wir erziehen die Mitglieder der Lokalkommissionen der genannten Kreise, die Neu-Aufnahmen und die genauen Venderungen bis spätestens Mittwoch, den 28. Juni, einzuenden zu wollen und zwar für: Zeltow-Beeslow an den Genossen Robert Gramenz in Baumshulenkweg, Kieholzstr. 253, vorn III; für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried in Kummelsburg, Kanstr. 22, part.; für Potsdam-Dshaveland an den Genossen Karl King in Spandau, Mittelstr. 13; für diverse Orte an den Genossen Gustav Nowag in Straußberg (Stadt), Wallmühlentstraße; für Berlin an den Genossen Karl Kott, O. 84, Strahmannstr. 29.

Zur Lokalliste. Das Lokal „Waldhaus“, früher Barbarossa, Berlinerstraße 14 in Nieder-Schönweide, neben dem Spindlersfelder Bahnübergang, steht den Parteigenossen nicht zur Verfügung. Zweiter Wahlkreis. Heute, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7. Tagesordnung: 1. Ersatzwahl für Revisoren und Vergütungskommission. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Pfannkuch über: Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 3. Diskussion. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Schicksal der Waisenanstalt zu Kummelsburg.

Der Stadtverordneten-Ausschuss, der über die die Umwandlung dieser Anstalt betreffende Magistratsvorlage noch einmal zu beraten hatte, soll in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung erneut Bericht erstatten und die Versammlung wird dann Beschluß fassen. Vom Ausschuss wird die unveränderte Annahme der Vorlage empfohlen. Die Familienpflege sei besser als die Anstaltspflege; für Waisenkinder sei die Familienpflege das Empfehlenswerteste, bezubehalten sei die Anstaltspflege in der Regel nur noch für Passanten, d. h. für Kinder, die voraussichtlich nur kurze Zeit in der Waisenfamilie bleiben.

Das Protokoll über die Ausschusssitzung ist ein höchst interessantes Dokument. Es bemüht sich, den Nachweis zu führen, daß die Kummelsburger Anstalt miserabel, die Familienpflege dagegen beinahe tadellos sei. Das ist das genaue Gegenteil derjenigen Darstellung, die Jahr für Jahr durch die Verwaltungsberichte der Waisenverwaltung in die Welt hinausgeschickt worden ist. In diesen Berichten stand auch nicht das leiseste Wort des Tadels über das Kummelsburger Waisenhause, während sie die Familienpflege manchmal in dem bedenklichsten Lichte erscheinen ließen.

Wie stark der Widerspruch zwischen jetzt und früher ist, das lehrt eine Vergleichung dieses Ausschussprotokolls mit dem Bericht des Erziehungsinspektors Bartold über seine in der Zeit vom 1. April 1902 bis zum 31. März 1903 vorgenommenen Revisionen auswärtiger Pflegefamilien. Im Protokoll steht z. B.: „In keinem Falle sei festgestellt worden, daß die Pflegeeltern die Kinder des Verdienstes, des Pflegegeldes halber nähmen, auch würden die Pflegestellen so ausgewählt, daß von einer Ausbeutung kindlicher Kraft keine Rede sein könne, natürlich würden die Kinder zu häuslichen Arbeiten, zur Pflege des Gartens usw. herangezogen und das habe seine sittliche Berechtigung in der Pflicht der Erziehung zur Arbeitsamkeit, die ja auch in der Anstalt in die leicht noch höherem Maße gepflegt werde. Die Behandlung der Kinder in der Kostpflege habe nie zu begründeten Klagen Anlaß gegeben, Mißhandlungen seien in den letzten vier Jahren überhaupt nicht vorgekommen.“

Doch das ist eben inzwischen alles „anders geworden“. Wir finden freilich, daß die Besserung ein bischen sehr plöblich gekommen ist. Den Gegnern der Anstaltspflege wird es aber eine Freude sein, daß sie sich so rasch vollzogen hat und just in dem Augenblicke erlangt worden ist, wo sie Kummelsburg zur Unterbringung kranker Waisenkinder brauchen können und haben müssen.

Den Bau einer zweiten Heimstätte

für weibliche Genesende zu 95 Betten auf dem Gelände des sogenannten Pfistalles bei Blankenburg betrifft eine Vorlage des Magistrats, welche den Stadtverordneten zur Beschlußfassung vorgegangen ist. Die Begründung dieser Vorlage stellt geradezu ein

Ehrenzeugnis dar für unsere sozialdemokratische Fraktion, die schon seit einer Reihe von Jahren, bisher allerdings tauben Ohren, den Rost auf dem Gebiete des Heimstättenwesens gepredigt hat. Wir erinnern nur an die lebhafteste Entrüstung, mit der der Oberbürgermeister in Berlin noch bei der vorjährigen Watsberatung gegen die auf sicherem statistischen Material beruhenden Vorwürfe unserer Genossen zu antworten sich gestattete. Die Begründung der Magistratsvorlage sagt fast wortgetreu dasselbe, was unser Vertreter zu wiederholten Malen hinsichtlich der Unzulänglichkeit herbeigehoben hat. Wir meinen, daß der Rost, der jetzt besteht, zurückzuführen sei auf Unterlassungsünden früherer Zeit. Wir bedauern auch heute noch, daß sich so die Pflanzzeit und Langsamkeit rächt, mit der der Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung daran gegangen sind, die Heimstätten zu vermehren. Die Herren hätten eben früher weitfichtiger sein müssen, sie sollten solche Einrichtungen gemeinnütziger Art nicht erst in Angriff nehmen, wenn es ihnen auf den Nägeln brennt. Die alte Heimstätte für weibliche Genesende zu Blankenburg wurde am 10. Oktober 1887 mit 40 Betten eröffnet; im Jahre 1888/89 kamen 10 Betten und im Jahre 1889/90 noch vier Betten hinzu; das Heimstättengebäude bietet also 54 Personen Platz. Am 1. August 1889 wurde noch eine Wöckerische Baracke aufgestellt, in die zunächst nur während der Sommermonate 16 Pflanzlinge aufgenommen wurden; diese Baracke ist aber jetzt so eingerichtet, daß sie auch während der kalten Jahreszeit benutzt werden kann. Seitdem hat keine Vermehrung der Bettenzahl mehr stattgefunden. Es kommt nun hinzu, daß seit November 1893 nach Schließung der Wöckerimmission in Blankenfelde in Blankenburg auch Wöckerimmissionen verpflegt werden. Es liegt in der Natur der Sache, daß gerade die Frauen von einem Aufenthalt in der Heimstätte nur dann Vorteil haben können, wenn sie ungefähr 8-10 Tage nach der Entbindung zur Aufnahme gelangen können. Mit der angegebenen Bettenzahl sind im Jahre 1887/88 an 163 aufgenommenen Personen 3484 Verpflegungstage geleistet worden, so daß die tägliche Durchschnittsbelegung 20 betrug. Im Jahre 1900/1901 lauteten die entsprechenden Zahlen: 546, 15.053, 41; im Jahre 1904/1905: 657, 20.378, 56. Die Heimstätte war hiermit längst an die Grenze ihrer Belegungsfähigkeit angelangt. Wenn aber die Genesungsheime ihren Zweck voll erfüllen sollen, muß es die Verwaltung zu ermöglichen versuchen, den Genesungsbedürfnissen möglichst baldige Aufnahme zu gewähren. Der Magistrat sagt nun in der Begründung seiner Vorlage selbst: Daß wir das nicht immer erreicht haben, zeigen folgende Zahlen. Während im Jahre 1898/99 noch 44 Proz. der Pflanzlinge innerhalb einer Woche aufgenommen wurden, 1899/1900: 40 Proz., waren es 1903/04 und 1904/05 nur noch 22 Proz., beziehungsweise 26 Proz. Die Wartezeit betrug im Jahre 1898/99 28, 1903/04 54 und 1904/05 56 Tage; nach dem am letzten Sonnabend herausgegebenen Rapport beträgt gegenwärtig schon die Zahl der Wartezeiten 100 und die Wartezeit 88 Tage. Nichts hat diese lange Wartezeit zur Folge, daß die Patientinnen auf die Verpflegung in der Heimstätte überhaupt verzichten müssen, sei es, weil sie gezwungen sind, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, oder weil die Verpflegungen ihrer Krankenkassen inzwischen schon abgelaufen sind, oder auch, weil eine Verschlimmerung des Leidens inzwischen eingetreten ist, die die Verpflegung für die Heimstättenpflege ungeeignet gemacht hat. Wie die Pflege in Blankenburg begehrt wird, beweist der sich immer mehr steigende Andrang. Seit 1898/99 hat sich die Zahl der vorliegenden Aufnahme-Anträge fast verdreifacht; die höchste Zahl der Wartezeiten betrug 1898/99 56, 1904/05 142. Zahlenmäßig ist sonach die dringende Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten Anstalt für weibliche Genesende nachgewiesen. Die Gesamtkosten für die Warten einschließlich der maschinellen Anlagen und des Inventars sowie der Umzünungen belaufen sich laut Kostenüberschlag auf 438.500 M., die Kosten der Gesamtanlage, auf das Pflanzlingsgeld berechnet, stellen sich demnach auf rund 4683 M. Gerade im Hinblick auf die Ueberfüllung unserer Krankenhäuser sind die Heimstätten anerkanntermaßen geeignet, die Leistungsfähigkeit der Hospitäler durch Entlastung zu erhöhen. Unsere bürgerlichen Gegner pflegen darauf hinzuweisen, daß die städtische Verwaltung durch die Heimstätten eine Leistung auf sich genommen hätte, die nicht einmal der gesetzlichen Pflicht entspricht, da, wie oben dargelegt, vielfach Kranke nur wegen Ueberfüllung der Krankenhäuser in die Heimstätten gelangen, ist es nicht berechtigt — von anderen Gründen abgesehen, die zu erörtern in diesem Zusammenhang zu weit führen würde — einen Unterschied zu machen zwischen den Anstalten, zu deren Errichtung eine gesetzliche Pflicht die Verwaltung zwingt, und denen, die zu errichten und auszubauen ein moralisches und hygienisches Verantwortlichkeitsgefühl uns verpflichtet.

Der tote Löwe in Freiheit.

Oskar Blumenhal, die lustige Schwanhnatur, war auch einmal unter die ersten Dichter gegangen und bot der Welt seinen „Toten Löwen“. Er hatte das Pech — oder das Glück — alsobald vom Theaterzeusler attackiert zu werden, weil er in dem Gesicht des „Toten Löwen“, des gestürzten Staatsmanns Herzog von Oldenburg, zu kräftig an den Sturz Bismarcks erinnert haben soll. Die vom Berliner Theater in Berlin geplante öffentliche Aufführung wurde mit der Begründung verboten, daß eine öffentliche Aufführung des Stücks geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu gefährden. Der Direktor des Berliner Theaters und Herr Oskar Blumenhal beschwerten sich über das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidiums beim Oberpräsidenten der Mark Brandenburg. Sie vermochten nicht einzusehen, wieso durch die Aufführung des Stücks die öffentliche Ordnung gefährdet werden sollte. Der Oberpräsident wies aber die Beschwerde ab. Autor und Theaterdirektor folgten dem Bescheid des Oberpräsidenten an.

Noch langer Beratung hob das Oberverwaltungsgericht in seiner gestrigen Verhandlung den Bescheid des Oberpräsidenten auf und entschied, daß „Der tote Löwe“ zur öffentlichen Aufführung freigegeben sei. — Jetzt erst ist der tote Löwe wirklich tot!

Der erste Regen. Sehr starker Regen setzte in der Nacht zum Sonntag ein und hielt bis etwa 11 Uhr vormittags an. Die Berliner Feuerwehre wurde wiederholt wegen Wassernot, Keller-Überflutungen, Wasserrohrbrüche usw. alarmiert, unter anderem nach der Dragonerstr. 15, Friedrichstr. 23, Köpenickerstr. 3, Frankfurter Allee 136, Raupachstr. 16, Prenzlauerstr. 42. In einigen Fällen mußte die Wehre das Wasser ansammeln. Auch in den Vororten hat das Wetter mancherlei Schaden angerichtet. So hat z. B. eine starke Ueberflutung der Straßen in Wilmerdorf und Friedenau stattgefunden. Keller wurden unter Wasser gesetzt und die freiwillige Feuerwehre allenthalben verlangt. Da Friedenau noch keine Feuerwehre hat, so geschah der Alarm durch Hornsignale. Der Verkehr der Straßenbahn war bis zum Mittag gestört und mußte durch Umfahrungen anfrechtgehalten werden. In Friedenau und auch in einzelnen Teilen von Schöneberg stand das Wasser bis zu 20 Zentimeter über den Bürgersteigen, so daß man nicht aus den Häusern konnte. Hier und da bildeten sich förmliche Seen, in denen Massen von Kindern darfuß umherwatselten. — Nachmittags regnete es nicht mehr. Bei der milden Luft war es im Freien frisch, Bäume und Sträucher waren durch den Regen sehr erfrischt und prangten im kypigsten Grün. Abends kam auch die Sonne zum Vorschein.

Bei den schweren Gewittern, die von Freitag bis Sonnabend über ganz Nord-, Mittel- und Westdeutschland niedergingen, sind nach einer Zusammenstellung insgesamt in 62 Ortschaften durch Blitzschlag 116 Gebäude eingestürzt worden, 84 Personen vom Blitz erschlagen und viele verletzt worden. Auf den Weiden wurde viel Vieh getötet. Ebenso wurde durch Hagelglas stellenweise die

gähle Erste vernichtet. Im Spelkermoor bei Ringen wurde der Hofbesitzer Höfing nebst zwei Kindern, die hinter einem Lorchhaufen Schutz gesucht hatten, vom Bliz getroffen, alle drei waren sofort tot. Ueberhaupt wurden auffällig viel Menschen auf freiem Felde vom Bliz getroffen.

Ueber die Witterung des Mai d. J. äußert sich der Bericht des k. Meteorologischen Instituts dahin, daß für den Monat die schnellen und starken Schwankungen der Temperatur kennzeichnend sind. Am auffälligsten war die rasche Erwärmung am Monatschlusse, indem der kühleren Periode um den 23., die an vielen Stellen Frost brachte, eine außergewöhnliche Hitze folgte. Im Mittel war die Temperatur, abgesehen vom äußersten Westen, zu hoch; der Ueberschuß nahm von Westen nach Osten zu, stieg im Nordosten bis auf 2 Grad an. Die absolut höchste Temperatur wurde in Berlin mit 31,4 Grad, die absolut niedrigste auf der Schneefuppe mit - 5,5 Grad beobachtet. Beachtenswert ist, daß sogar in Kagen die Temperatur noch am 23. Mai auf - 0,6 Grad sank. Die Verteilung der Niederschläge gestaltete sich so, daß das ganze Gebiet längs der russischen Grenze, besonders Posen und Schlesien, und vereinzelte Gebiete im Westen zu naß waren, während das übrige Land es zu trocken hatte, namentlich die Nordseeküste, wo kaum ein Viertel der Normalmenge gefallen ist. Schneefall wurde nur noch auf dem Harz und im Riesengebirge beobachtet, und letzteres allein wies noch bis über die Monatsmitte hinaus eine Schneedecke auf. Die Bevölkerung war im Westen und Süden erheblich größer als im Osten und Norden. Remel und Köslin hatten 12 heitere Tage, der Broden nur 2 und Münster 1. Die Sonnenscheindauer war am geringsten auf der Schneefuppe mit 152, auf dem Broden mit 169 und in Breslau mit 191 Stunden, am größten in Helgoland mit 265, Emden mit 270 und Kolberg mit 284 Stunden. Berlin hatte 229 Stunden Sonnenschein.

Die Sterblichkeit in Berlin ist im Mai dieses Jahres ungewöhnlich groß gewesen. Es starben diesmal 2960 Personen (ohne totgeborene Kinder), fast um 300 Personen mehr als im Mai vorigen Jahres, der nur 2666 Sterbefälle (ohne Totgeburten) gebracht hatte. Unter den Todesursachen stand, wie immer, Lungen- und Halschwindhust nur 371 Personen erliegen. Auch die Lungentzündung, die im Mai — wie überhaupt in dem ganzen Herbst — vom Beginn des Herbstes bis zum Ende des Frühlings — unter den Todesursachen an zweiter Stelle steht, hat diesmal volle 100 Personen mehr hingerafft, im diesjährigen Mai 339 Personen, im vorjährigen Mai nur 233 Personen.

Der Fahrraddiebstahl nimmt in der letzten Zeit wieder bedenklich zu. Er lohnt sich immer noch, wenn auch die Räder billiger werden; denn der Abzug ist leicht, vollzieht sich rasch und hat einen bedeutenden Umfang. Die Bestieher machen aber auch den Dieben die Arbeit oft sehr leicht, indem sie die Räder nicht nur mitunter, sondern auch stundenlang auf der Straße stehen lassen, ohne sich darum zu kümmern. So spielte dieser Tage ein Radler drei Stunden lang und wunderte sich dann, daß ihm das Rad, das er draußen auf den Bürgersteig gestellt hatte, unterdessen gestohlen war. Eine ganze Anzahl Raddiebe fiel in den letzten Tagen der Kriminalpolizei in die Hände. Ein Einbrecher Ernst Welle, der erst vor kurzem nachts bei einem Möbeldändler in der Gartenstraße einstieg, Tische und Stühle wegtrug, aber vorläufig wieder freigelassen wurde, weil er eine Wohnung hat, wurde gestern beim Verkauf von Rädern abgefaßt, die er bei einem Einbruch in die Werkstatt eines Mechanikers in der Chausseestraße erbeutet hatte. Ein Hausdiener Paul Ordon ließ sich von einem Händler „als Geschäftsdienstler“ ein Rad, weil er seines zu Hause gelassen habe, und verkaufte es unter falschem Namen bei dem nächsten Händler. Als Gelegenheitsdiebe, die Räder stehlen, wo sie sie gerade unbeaufsichtigt auf der Straße stehen sehen, wurden ein Hausdiener Kurt Lauer und ein Handlungsgehilfe Theodor Schmidt festgenommen und nach Moabit gebracht.

Selbstmord eines Medizinalrates. Aus bisher unbekannter Ursache erhob sich gestern früh auf dem Bahnhof Friedrichstraße der Medizinalrat Dr. Loporaki aus Posen. Der Erschossene, ein Mann in der Mitte der vierziger Jahre, war verheiratet und wohnte in der Rollendorferstraße in Posen. Nach Aufzeichnungen, die man bei ihm fand, wohnte er zehn Tage in Kiel in einem Hotel. Was ihn dorthin geführt, ist nicht bekannt. Von Kiel fuhr er nach Berlin, wo er sich zwei Tage in einem Hotel in der Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße aufhielt. Gestern morgen kam er kurz nach 8 Uhr ohne Gepäck nach dem Bahnhof und ließ sich einen Schlüssel zu einem Toilettenabteil geben. Bald darauf hörte man einen Schuß fallen. Beamte öffneten mit einem Nachschlüssel das Abteil und fanden den Medizinalrat, dessen Persönlichkeit erst nachträglich festgestellt wurde, am Boden in seinem Blute liegen. Er hatte sich aus einem Revolver, der neben ihm lag, eine Kugel in den Mund geschossen. Der Bahnarzt, der sofort erkrankte, konnte nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war. Dr. Loporaki besah noch 400 M. Sonst fand man bei ihm noch mehrere Briefarten, Hotelrechnungen und einen Brief, in dem er seine Gattin um Verzeihung bat und erklärte, daß er nicht anders gekonnt habe. Die Leiche wurde beschlagnahmt und von der Bahnhofswache nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein Kind in Flammen. Der vierjährige Sohn des Schmiedes Dittmann spielte gestern mittag gegen 11 1/2 Uhr im Hofe des Hauses Bergmannstr. 13 mit Streichhölzern. Dabei fiel ein brennendes Streichholz seiner fünfjährigen Schwester auf die Kleider, diese fing Feuer und das Kind erlitt so erhebliche Brandwunden, daß es sofort nach dem Krankenhaus am Urban geschafft werden mußte. Die herbeieilende Mutter zog sich bei dem Bemühen, die Flammen zu ersticken, Brandwunden an beiden Händen zu.

Ein Baumfall ereignete sich Montag vormittag 11 Uhr auf einem Neubau in der Deubitzerstraße in Rigdorf. Von einem nur mangelhaft aufgeführten Gerüst stürzten zwei Steinträger und zwei Maurer etwa fünf Meter tief herab und erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Der Bau wird im Afford ausgeführt und man geht wohl nicht fehl, wenn man diesem Umstand einen Teil der Ursache des Unglücks zuschreibt.

Für die Verlängerung der Alten Jakobstraße zwischen Neuenburger- und Gitschinerstraße soll nun die Kanalisation ausgeführt werden. Damit wird ein wichtiges Stück der Arbeiten zur Regulierung dieser neu angelegten Straßenstrecke in Angriff genommen, so daß die endliche Fertigstellung in absehbarer Zeit erwartet werden darf.

Ein größerer Einbruchdiebstahl wurde in der gestrigen Nacht in dem Wäsche- und Posamentenwaren-Geschäft von W. Jabel, Jnh. S. Haack, Grüner Weg 99, verübt. Die Diebe drangen vom Keller aus durch eine Kalktür in den Laden ein und erdrachen hier zunächst verschiedene Pulte, die sie aber vergebens nach Geld durchsuchten. Schließlich gingen sie daran, unter den vorhandenen Waren, wie Wäsche, Tricotagen, Posamenten usw., eine sorgfältige Auswahl zu treffen. Nachdem sie dann die ausgesuchten Gegenstände in große Reiseförbe eingepackt hatten, verließen sie gegen Morgen das Haus ungehindert und folgten mit einer Drofskne davon. Die Diebe gingen, wie von Hausbewohnern beobachtet wurde, zwei etwa zwanzigjährige Burden, doch gelang es der Kriminalpolizei bisher nicht, ihrer habhaft zu werden. Der Wert der gestohlenen Waren beläuft sich auf über 1200 M.

Raub und Körperverletzung. Wie merkwürdigerweise erst jetzt bekannt wurde, ist am vergangenen Dienstagabend gegen 7 Uhr das 19 Jahre alte Dienstmädchen Luise Wilde an der Korridor der im ersten Stock des Vorderhauses Play vor dem Reinen Tor Nr. 6 belegenen Wohnung seiner Herrschaft, des Ratsmaurermeisters Raab, von einem unbekanntem, etwa 20 Jahre alten Manne beraubt und mit einem Messer am rechten Handgelenk verletzt worden. Der Unbekannte hatte die Wilde um das Wechseln eines Zweimarkstückes

gebeten. Als sie ihrer Tasche das nötige Kleingeld entnommen hatte, entriß er ihr dieselbe und brachte ihr die angegebene Verletzung bei. Dann ergriff er die Flucht und entkam unerkannt. Die Verletzte ließ sich auf der Unfallsstation in der Eichendorffstraße den ersten Verband anlegen.

Vom Rollenmarkt.

Ueber das alte Polizeipräsidium am Rollenmarkt 1 machte Magistratsassessor Dr. Franz in der letzten Sitzung des Ausschusses zur Vorbereitung der Uferarbeiten Angelegenheit u. a. die nachfolgenden, interessanten Angaben: Im Jahre 1791 hat König Friedrich Wilhelm II. das Grundstück der Kommune Berlin geschenkt. Die Schenkungsurkunde bestimmte, daß das Grundstück zum Stadtfängnis und, im Vorderhause, zur Wohnung für den Stadtpfäsidenten und den Gefängnisdirektor dienen solle. Ein 1820 erlassenes Gesetz hob die Beitragspflicht der Stadt zur Unterhaltung der Gerichts- und Polizeibehörde auf; die Behörden, welche damals das alte Präsidialgebäude inne hatten, sollten jedoch im ungestörten Besitz der Lokalitäten verbleiben. Danach hatte die Stadt alle die Kosten für die Unterhaltung der Gefängnisse, für die Verpflegung der Gefangenen usw. auch ferner zu tragen. Streitigkeiten zwischen Fiskus und Stadt führten aber Ende 1843 dahin, daß die letztere durch Vertrag von allen Lasten der Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit befreit wurde. Dafür hatte die Stadt jährlich 33 400 Taler Ablösung zu zahlen, ein Betrag, der sich entsprechend der Zunahme der Bevölkerung erhöhen sollte. Am Schlusse des Vertrages heißt es: „Die Kommune begibt sich daher unbeding und auf ewige Zeiten zum Besten des k. Fiskus aller etwaigen Ansprüche auf das Stadtpolizeigebäude (Rollenmarkt 1) und die darin aus ihren Fonds gemachten Anlagen.“ Zugleich überließ die Stadt dem Fiskus auch das Grundstück Rollenmarkt 2, das zur Vergrößerung der Stadtpolizei benutzt wurde. 1879 entstanden wiederum Streitigkeiten, die durch einen neuen Vertrag geregelt wurden. Dieser hob den Vertrag von 1843 „in all und jeder Beziehung“ auf, das alte Präsidialgebäude wurde der Stadt wieder übereignet, nur sollte der Fiskus im Naturalbesitz des Grundstücks verbleiben, bis die Polizei nach dem neuen Dienstgebäude am Alexanderplatz übergesiedelt wäre. Am 21. November 1885 erfolgte dann die Auflassung des Grundstücks an die Stadtgemeinde. Diese wird das letztere, wie bekannt, nunmehr wieder an den Fiskus, und zwar für den Kaufpreis von 1 111 200 M. veräußern.

Das Ausstattungsspiel Pompeji am Kurfürstendamm erteilt durch einige Neuheiten mehr und mehr Interesse. Verschiedene Vorgänge haben ein anderes Gepräge erhalten und im ganzen ist die Handlung der Pantomime zusammengehangen worden, so daß mehr dramatisches Leben zu verspüren ist. Immerhin betrachtet das Publikum den ersten Teil der Vorstellung nur als Vorbereitung für den Schlußeffekt, das Feuerwerk. Und dieses wird in einer Pracht geboten, die unerreicht genannt werden muß. Die Firma Bain in London, die das Feuerwerk ausführt, bringt Ueberraschungen seltsamer Art und von dem Augenblicke an, wo die Lava sich aus dem Bewölkel ergießt, bis zu den letzten Katerenschwärmern kommt das Publikum nicht aus dem Staunen heraus. Die Befriedigung der Zuschauer würde noch anhaltender sein, wenn die Leitung des Ausstattungsspiels sich dazu verstehen wollte, pünktlicher mit der Vorstellung anzufangen. Mögen die letzten Tage auch an sich einen späten Beginn des Schauspieles rechtfertigen, so ist es doch nicht angebracht, den Beginn der Vorstellung auf 8 oder 8 1/2 Uhr anzusetzen und bis 9 Uhr zu warten. Wenn es denn nicht anders sein kann, kündige man ruhig an, daß die Vorstellung erst zu der eben genannten Stunde beginne.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freie Volkshöhne Charlottenburg. Unter erneutem Hinweis auf den Freitag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosinenstraße 3, stattfindenden „Vereinsabend“ werden auf Wunsch nachstehend die Mitglieder des Vereins mitgeteilt, an welchen Neuanmeldungen nur noch heute, den 20., angenommen werden können: E. Müller, Volkshaus, Rosinenstr. 3; A. Will, Kirchstr. 30; Friedr. Paesler, Schlüterstr. 8; Franz Schmidt, Wilmersdorferstr. 130; Konsumverein, Wilmersdorferstr. 27; Gustav Bigalge, Schloßstr. 28a.

Schöneberg.

Mit eigener Lebensgefahr hat gestern mittag der Arbeiter Willy Fetz aus Schöneberg in der Nähe der Monumentenbrücke zwei Kinder vor dem Ueberfahrenwerden gerettet. Die vor einem Turmwagen der Straßenbahn gespannten Pferde waren plötzlich scheu geworden und rasteten von der Kreuzbergstraße her der Schöneberger Bahnstrecke zu. Der Kutscher des Gefährts wurde vom Vol geschleudert; zwei Kinder, die gerade den Fahrdamm überschritten, waren in höchster Gefahr, als der Arbeiter Fetz beherzt den wütenden Tieren in die Jagel fiel und sie herumriß. Die Kinder waren gerettet, aber der wadere Ketter wurde zu Boden gezeret. Glücklicherweise hat er wie auch der verunglückte Kutscher nur leichtere Verletzungen erlitten.

Berichts-Zeitung.

Der Max Hermann Selbiger, der „geniale“ Besitzer des „Eprek-Instituts für Grundstücks- und Geschäftsbekäufe“ und Herausgeber der inzwischen eingeschlossenen „Existenzfrage“, wurde gestern aus der Untersuchungshaft der siebenten Strafkammer des Landgerichtes I vorgeführt, um sich wegen Untreue bezw. Betrugs und Kautionsunterschlagungen in Höhe von fast 36 000 M. zu verantworten. Der zweimal wegen Unterschlagung und zweimal wegen Betrugs unbedeutend vorbestrafte Angeklagte ist jetzt 28 Jahre alt und schon seit 7 Jahren verheiratet. Er hat zahlreiche Kautionschwindelbelegen verübt. Der Gerichtshof beurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten auf die Untersuchungshaft und 3 Jahren Ehrverlust.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Laut amtlicher Meldung sind Sonntag früh gegen 4 Uhr auf der Strecke Reiskreuzham-Patschin die beiden Güterzüge Nr. 6361 und 6337 aufeinander gestoßen. Der Materialschaden ist erheblich. Der Zugführer des Zuges 6361 wurde getötet. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Der Schnellzug Nr. 11 wird über Kandelzig geleitet. Die Aufräumungsarbeiten auf der Unfallstelle der Strecke Reiskreuzham-Patschin haben sofort begonnen. Sonntagmorgens 4 Uhr wurde der Betrieb eingeleistigt wieder aufgenommen, Montag früh 3 1/4 Uhr der volle zweigleisige Betrieb. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht bekannt.

Eisenbahnkatastrophe. Auf der westlichen Warthlandbahn stießen, wie aus Baltimore gemeldet wird, gestern nacht bei Westminster ein Personenzug und ein Kohlenzug zusammen. Dadurch kamen 23 Personen, fast sämtlich Bahnbefugnisse, ums Leben.

Eine Bluttat wurde am Sonntagmorgens in Groß Moor bei Harburg verübt. Der neunjährige Arbeiter Adolf Hans Peter Vegeet gab auf eine Frau Heilmann, die ihm Vorhalte wegen seines leichtsinnigen Lebenswandels machte, mehrere Hiebverletzungen ab, die den Tod der Frau herbeiführten. Auf der Flucht verlor er durch Renolverschüsse eine Frau Kaiser und den Landmann Sackerdick, die beide Aufnahme im Harburger Krankenhaus fanden. Der Täter wandte sich nach Hamburg, wo er, bei einem Wetter verweilend, am Sonntag von zwei Hamburger Kriminalbeamten verhaftet wurde.

Wozu die Kanzel da ist. Vor kurzem wurde von der Schwelz-furter Strafkammer der Pfarrer Engler von Stadel-schwarzach wegen Sittlichkeitsverbrechens an einer Sonntagsschülerin zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Kaplan Alois Walter ist sehr darüber empört, daß die Sache vor das Gericht gelangt ist, und er hatte, wie vor Gericht festgestellt wurde, bei Eröffnung der Untersuchung die genannte Schülerin zu überreden gesucht, den Pfarrer zu schonen. Nun machte er in seiner Pfingstpredigt von der Kanzel herab seiner Empörung Luft. Er kam dabei auch auf den Fall des Pfarrers Engler zu sprechen und meinte, es sei keine Nächstenliebe mehr, wenn man einem Pfarrer, der einmal gefehlt hat, so hart zusehe. Man hätte den Pfarrer ermahnen oder sein Vorgehen dem Bischof anzeigen, nicht aber die Sache in allen Kirchhäusern herumzuerzählen sollen, bis sie dem Gericht zu Ohren kam. Der Fluch Gottes werde jene treffen, die dem Pfarrer die ganze Existenz vernichtet hätten. Dabei schlug er mit solcher Wucht auf die Kanzel, daß ein Stuhl davon herunterfiel. Ob der Herr Kaplan gegen Leute nichtgeistlichen Standes wohl auch so nachsichtig sein mag wie in diesem Falle?

Opfer eines Unfalles? Der Infant Alfons von Orleans hat, wie aus Madrid telegraphiert wird, einen geheimnisvollen Tod gefunden. Er und Prinz Don Carlos unternahmen vorgestern einen Spazierritt in die Umgegend von Lardo. Der Infant verlor sich auf einem Nebenwege im Gebirge und wurde nach zwei Stunden tot aufgefunden. Anscheinend ist er vom Pferde gestürzt und seinen Verwundungen erlegen.

Hauptmann O'Danne, der ehemalige Erziehler des Kaisers, ist am Donnerstag in der Privat-Irenklinik in Kellingen bei Binneberg gestorben. Er war einer von den Männern, über die sich die Kriminalisten und Psychiater nicht einig werden. Während jene ihn für einen abgefeimten, überaus schlauen Verbrecher hielten, behaupteten diese, daß er geisteskrank und unzurechnungsfähig sei. So war seit Jahren im In- und Auslande der Aufenthalt des ehemaligen Hauptmanns abwechselnd das Gefängnis und das Irenhaus. Zuletzt beschäftigte Sidne O'Danne vor ungefähr zwei Jahren das Berliner Landgericht I. Unter falschem Namen hatte er damals in der Flemingstraße in Berlin eine Buchhandlung gemacht, Angestellte und Bürgschaften geprellt und andere Schwindelbelegen verübt. Das Ergebnis der Untersuchungen war, daß Sidne O'Danne als unheilbar und gemeingefährlich geisteskrank nach der Irenanstalt Herzberge gebracht wurde. Ein Berliner Ingenieur wurde ihm zum Vormunde bestellt. In Herzberge hatte man einen schweren Stand mit ihm. Der Kranke war unbotmäßig und triegelte auch andere Insassen der Anstalt auf, wo er nur Gelegenheit dazu fand. Nach acht Monaten gelang es ihm, zu entweichen. Er ging, wie die „Hamburger Nachrichten“ mitteilen, nach Hamburg, lebte dort wieder unter einem falschen Namen und wußte sich durch allerhand Vorspiegelungen bedeutende Darlehen zu verschaffen, von denen er seinen kostspieligen Lebensunterhalt bestritt. Nach einem halben Jahre fühlte er sich so sicher, daß er auch wieder nach Berlin kam. Hier wurde er aber bald erkannt und wieder festgenommen. Zwei Monate wieder in Herzberge, gab er von neuem oft zu Klagen und Beschwerden Anlaß. Das führte schließlich dahin, daß er in die Privat-Irenanstalt Kellingen bei Hamburg gebracht wurde, wo er blieb, da ein Fluchtversuch mißglückt war. Der Unglückliche ist 66 Jahre alt geworden.

Eine entsetzliche Bluttat hat sich am Sonntagabend in Biesenfeld (Kreis Frankenberg) ereignet. Der dort stationierte Lehrer Kengel erschlug ein junges vierzehnjähriges Mädchen, die Schönheit des Ortes. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat die Gründe für die Tat noch nicht zutage gefördert. Der Täter wurde verhaftet. — Nach einer anderen Meldung erfolgte die Tat in Gegenwart der Eltern des Lehrers. Das Mädchen ist die Tochter des Landwirts Kinkel; der Lehrer hatte ein Verhältnis mit dem Mädchen.

Opfer der Arbeit in Rußland. Ueber eine entsetzliche Gruben-latastrophe wird aus Jussowla (Gouvernement Jekaterin-noslaw) telegraphiert. Bei einem Grubenunglück im Schachte „Jwan“ der Rußo-Donez-Gesellschaft sollen gegen 500 Menschen umgelommen sein.

Servollkommnung des Telefons. Rom, 19. Juli. Gestern fanden hier Telefonversuche zwischen Rom und Brüssel und Rom und Straßburg mit dem neuen Mikrophon Angelino statt, die zur größten Zufriedenheit ausfielen. Gleichzeitig sprach man auch mit dem Majorana-Mikrophon zwischen Rom und London, also auf über 2000 Kilometer Entfernung.

Deutscher Arbeiter-Abtinentsbund. (Ortsgruppe Berlin.) Mittwoch, den 21. Juni, im Englischen Garten, Alexanderstr. 20: Versammlung der Delegierten zur Generalversammlung. Diskussion. Wahl der Prekommission. Gäste willkommen.

Eingesandene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist Joeben das 33. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Von frühem Blute. — Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie. Von A. Kautsky. (Schluß). — Die internationale Organisation des Arbeiterbundes. Von Georg Skeloff. (Schluß). Nachrichten zum Eisenbahnerstreik von Oda Elberg (Rom). — Der erste Akt des hundertjährigen Wahreichtsumsturzes. Von Otto Stollen. — Literarische Rundschau: William Thompson, Untersuchung über die Grundkräfte der für das menschliche Glück dienlichen Verteilung des Reichtums. Von R. Ullersing. — Georg Gothein. Die Verstaatlichung des Stolbergbaues. Von J. G. — G. Darbegg, Bauart, württembergischer Gewerkschaftsleiter, Arbeiternehmer- und Arbeitergebetenbände. Von ad. br. — Geschichte der Nationalökonomie. Von rh.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Otto Lang: Das österreichische Staatsproblem und seine Lösung. Politische Programmstudie. 160 S. Verlag C. B. Stern (R. Köhner), Wien I, Franzensring 16.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

P. S. 1. Rein. 2. und 3. Ja. — G. S. 27. Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, weil der Vater die Bürgschaft nicht freiwillig übernommen hat und der von Ihnen mit dem Minderjährigen geschlossene Kauf ungültig ist. — 1000. Ja, falls die Eintragung für Staats- und Gemeindesteuer zusammen 6 M. beträgt. Ist nur zur Staatssteuer in Höhe von 12 M. eingeschätzt, so können Sie mit Aussicht auf Erfolg innerhalb der Reklamationsfrist reklamieren. — O. W., Ab. S. 4. Die Behörde ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Ihrem Antrag zu entsprechen. — O. J. 4. Ja. — H. H. Ja. — H. Zeilmader. Ihre Kündigung besteht durchaus zu recht. Da nichts vereinbart war, so war nach dem Gesetz am 15. Juni, d. h. zu einer angemessenen Zeit zwischen 12 Uhr nachts bis 12 Uhr nachts, zu kündigen. Die Kündigung um 1/2 Uhr nachmittags ist rechtzeitig, die Annahme Ihrer Kritik, es dürfe nur zwischen 8 und 12 Uhr gekündigt werden, ist eine Irrige. Verlangen Sie Anerkennung der rechtmäßigen Kündigung und klagen Sie eventuell. — P. N. 17. Zur Verfolgung des von Ihnen herangezogenen Delikts ist ein Strafantrag nicht erforderlich. Die Verfolgung geschieht von Amtswegen, sobald die Behörde Kenntnis von der Straftat erhalten hat. Auch eine Zurücknahme eines etwa gestellten Strafantrages ist deshalb unbedenklich. — G. S. 77. Hat in Ihrem Falle nicht etwa eine Kündigung stattgefunden, so ist die Kündigung ungeschicklich. Beschränken Sie sich beim Magistrat aber die ohne vorausgehende Klage wegen vermeintlicher Schulden, die nicht Steuerzuschüsse sind, vorgenommene Pfändung.

Wasserstand am 17. Juni. Elbe bei Ruffig — 0,15 Meter, bei Dresden — 1,50 Meter, bei Magdeburg + 1,00 Meter. — U n s t r u t bei Frankfurt + 1,10 Meter. — O b e r bei Rasthof + 1,08 Meter, bei Dresden Ober-Pegel + 4,90 Meter, bei Dresden Unter-Pegel — 1,22 Meter, bei Frankfurt + 1,35 Meter. — W e l t h e l bei Brahmünde + 5,36 Meter.